

Belasteter Neuanfang

Günter Benser, *Der deutsche Kommunismus. Bd. 4: Neubeginn ohne letzte Konsequenz (1945/46). (= Geschichte des Kommunismus und Linkssozialismus, Bd. IX), Karl Dietz Verlag, Berlin 2009, 308 S., 24,90 Euro*

„Es war für die Deutschen wie für alle Kommunisten und auch für am Marxismus festhaltende Sozialdemokraten ein Axiom, dass die Errichtung einer neuen, sozialistischen Gesellschaftsordnung die Eroberung der Staatsmacht voraussetzt, dass sich neue, ausbeutungsfreie Produktionsverhältnisse nur im Rahmen und unter dem Schutz einer revolutionären (damals als proletarisch definierten) Staatsmacht herausbilden können. Hinter die Verabsolutierung dieses Postulats muss gewiss ein Fragezeichen gesetzt werden, aber historisch widerlegt ist diese Auffassung in ihrem rationalen Kern bis dato wiederum auch nicht.“ (103) Mit der Zerschlagung des Faschismus war es endlich möglich, dieses Ziel anzugehen. Aber die Befreiung erfolgte von außen, das Land lag in Trümmern, in den Köpfen der Menschen war ideologischer Unrat, bestenfalls Apathie. Im abschließenden 4. Band der „Geschichte des deutschen Kommunismus“ untersucht Benser in Fortsetzung seiner Studien,¹ unter welchen Bedingungen die KPD 1945 diesen Versuch unternahm. In fünf Kapiteln stellt er diesen Weg 1945/46 dar, der

für das weitere Schicksal der deutschen Linken in seinen Hoffnungen wie bald stärker werdenden Vereinigungen bestimmend sein sollte. Im realen weltpolitischen Rahmen sollte sich bald zeigen, dass dieser Weg auf den Osten des Landes beschränkt blieb und allenfalls Pfade im Westen weiter beschritten werden konnten. Zudem brachte die Vereinigung von KPD und SPD nicht das erwartete Ende des Parteikommunismus, denn in der SED lebte er erstens fort bzw. neu wieder auf. „Zweitens kam die Einheitspartei im deutschen Westen nicht zustande, so dass die KPD bzw. deren Nachfolgeorganisationen fortbestanden und nach Herstellung der deutschen Einheit auch in den neuen Bundesländern in bescheidenem Maße wieder Fuß fassten.“ (14)

Benser weist auf wesentliche methodologische Voraussetzungen hin, ohne die Geschichtsschreibung zu diesem Thema im ahistorischen Totalitarismusverdikt verkommt. Er hält kritische Geschichtsbetrachtung für linke Selbstfindung für unerlässlich. Sie ist „geradezu Voraussetzung für neue Einsichten. Dem ist aber nicht gedient mit Be- und Verurteilungen kommunistischer Politik, die wenig Sachkenntnis erkennen lassen, die sich nicht der Mühe unterziehen nach dem Wo, Wann, Wie und Warum zu fragen, deren Autoren ihre Pauschalurteile von einander abschreiben.“ (12) Er betont, dass „Geschichte nicht kurzschlüssig vom Ende her betrachtet werden darf, sondern als ein Prozess verstanden sein will, der aus der Vergangenheit über die Gegenwart in die Zukunft führt, in dem die Menschen ihre Geschichte zwar selbst, aber nicht aus freien Stücken,

¹ Siehe Günter Benser, *Die KPD im Jahre der Befreiung. Vorbereitung und Aufbau der legalen kommunistischen Massenparteien (Jahreswende 1944/1945 bis Herbst 1945)*, Berlin 1985.

sondern unter vorgefundenen, von ihnen selbst nur begrenzt beeinflussbaren Bedingungen machen. Auf ein solches Herangehen an ihr historisches Wirken dürfen auch die deutschen Kommunisten Anspruch erheben.“ (13) Schließlich kritisiert er: „Es fällt auf, dass sich sowohl die zeitgenössischen Kritiker als auch die der kommunistischen Bewegung von vornherein ablehnend gegenüberstehenden Historiker immer mit den Methoden kommunistischer Politik, weit weniger aber – wenn überhaupt – mit den Inhalten der Politik der KPD, mit deren Motiven und Begründungen, mit der Berechtigung oder Nichtberechtigung der damals von den Kommunisten erhobenen Forderungen und verkündeten Ziele auseinandergesetzt haben und auseinandersetzen.“ (264/265). Das Problem besteht allerdings darin, dass das verdamnte Prinzip vom „Zweck, der die Mittel heiligt“ gute Absichten zerstörte oder bis zur Unkenntlichkeit entstellte.

Konsens der Kommunisten war es 1945, dass nach dem gewaltsamen Sturz des NS-Regimes nicht die sozialistische Revolution, sondern eine „Umwälzung antifaschistisch-demokratischen Charakters auf der Tagesordnung stand“ (19). Kühnste Erwartungen orientierten sich an der Novemberrevolution 1918 und der Rätebewegung. Die Realitäten wichen davon deutlich ab. Allerdings – dies arbeitet Benser heraus – gab es in allen Besatzungszonen, teilweise schon vor dem Einmarsch der Alliierten – eine relativ breite Basisbewegung zur Schaffung hunderter Antifa-Ausschüsse als „Verlagerung der Macht nach unten“, wie es damals in

einem Strategiepapier von Untergrundkommunisten hieß (33), bis hin zu von Mitgliedern der ehemaligen SAPD, dem ISK oder der KPD(O) mitinitiierten Basisgründungen linker Einheitsparteien.

Dies alles passte nicht in den Rahmen der Besatzungspolitik – durchaus aller vier Mächte –, die aber zunächst unisono an einer aktiven Mitarbeit von Kommunisten interessiert waren und auch im Westen alsbald Kommunisten in den nächsten knapp zwei Jahren bis in Regierungsämter der Länder brachten. Die entscheidende Weichenstellung ergab sich allerdings aus der in der SBZ eingeleiteten Zulassung demokratischer Parteien – weit vor den Westzonen. Die KPD griff dies mit ihrem Aufruf von 11. Juni 1945 auf und empfahl sich als geschlossen handelnde Vorhut einer antifaschistisch-demokratischen Umwälzung. Es sollte zunächst nicht um ein Sowjetsystem, sondern um eine antifaschistisch-demokratische, parlamentarische Republik mit demokratischen Freiheiten gehen.

Die KPD war keineswegs homogen. Da gab es die Kommunisten, die im KZ und Zuchthaus überlebt hatten, im Widerstand waren oder einfach überwinterten. Da waren diejenigen, die mit der Sowjetarmee aus dem Exil kamen. Später sollten auch noch jene dazustoßen, die aus der Westemigration kamen. Prägend aber war, dass die KPD-Führung aus Moskau Konzepte, Erfahrung und Unterstützung, aber auch Richtungsweisung mitbrachte. Längerfristig sollte sich zeigen, dass jenseits der zunächst durchaus großen Bereitschaft für einen „deutschen Weg zum Sozialismus“ „eine

Zeitbombe“ tickte, die vertuschte Erfahrung der stalinistischen Säuberungen. „Das beeinträchtigte nicht nur ihre Vertrauenswürdigkeit, das machte sie auch empfänglich für die Wiederholung menschenverachtender Praktiken.“ (28) Entscheidender war die Wirkung der Sowjetserfahrungen in ihrer stalinistischen Lesart, die in der weiteren Entwicklung das Festhalten an jener Prägung bestärkten, die die KPD auch seit ihrer Bolschewisierung hatte – ein undemokratisches Parteimodell, eine zwingende Bereitschaft, die guten Ziele – egal, ob Bodenreform, Enteignung der Nazis und Kriegsverbrecher, Bevorzugung der unteren Klassen und Schichten – mit Repression und Deformation durchzusetzen. Schließlich strömten neue Mitglieder in die Partei.

Benser eröffnet einen differenzierten Blick auf das Wiederentstehen einer starken – damals der schnellstwachsenden – Partei in Deutschland, die den Erfolg auch dank ihrer im Osten unbedingten sowjetischen Unterstützung gepachtet zu haben schien. Allerdings erwies sich dieser Rückhalt als ebenso problematisch wie ihre radikalen Ziele einer langfristigen sozialistischen Umwälzung. Mit dem Aufkommen des Kalten Krieges und der sowieso schon ablehnenden Haltung der westlichen Besatzer war vorgezeichnet, dass schon bald nach der Vereinigung zur SED die Rückkehr zu den stalinistischen Wurzeln erfolgte. Dieser Irrweg war allerdings der von aufrechten Kämpfern gegen den Faschismus und für die Interessen der Werktätigen. Benser erinnert daran, dass „Kommunisten unter jeglichen Besatzungsbedingun-

gen bereit [waren], Mitverantwortung für den politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Neubeginn zu übernehmen“ (107/108). Das aber barg ein Konfliktpotenzial in sich. Symptomatisch ist eine Episode auf dem 15. und letzten KPD-Parteitag 1946. Der für Wiedergutmachung und Flüchtlingshilfe verantwortliche Hamburger Senator Franz Heitgres schilderte die Probleme mit der Besatzungsmacht: „Wer alles stillschweigend und sich duckend entgegennimmt, wird natürlich dann auch die Verantwortung nach unten tragen, und nach unten tragen wir sie voll und rechtmäßig. Damit will ich betonen, dass, wenn ich von der Militärregierung Befehle und Orders bekomme, ich sie nur durchführen kann, wenn ich sie gegenüber der Gesamtheit des Volkes verantworten kann.“ Ulbricht und Pieck fielen ihm sofort schroff ins Wort und fragten, was diese ‚Philosophie‘, was diese ‚Redereien‘ sollten. Vermutlich sahen sie sich auch persönlich wegen ihrer – zumindest nach außen hin – devoten Haltung gegenüber der sowjetischen Besatzungsmacht angegriffen. Heitgres verteidigte jedoch seine Position und verwies darauf, dass Widerstand Erfolg haben kann, wenn er auch die Unterstützung anderer Organisationen findet. Gleichwohl stand eine Haltung, mit der das Ausführen von Weisungen der Besatzungsbehörden zu einer Ermessensfrage erklärte wurde, ihm Widerspruch zum Besatzungsrecht.“ (108/109) Dieser Disput blieb sicherlich nicht allein wegen der zu erwartenden Verärgerung der Briten unveröffentlicht. Auch Moskau verstand keinen Spaß, wie die fol-

genden Jahrzehnte bestätigten. Der Neuanfang der deutschen Kommunisten blieb belastet.

Stefan Bollinger

Lage der Sozialdemokratie unter dem Sozialistengesetz

„Die gemeingefährlichen Bestrebungen der Sozialdemokratie.“ T. 1: Die Berichte der Regierungspräsidenten über die sozialdemokratische Bewegung in den Regierungsbezirken Frankfurt/Oder und Potsdam während des Sozialistengesetzes 1878-1890. Bearbeitet und eingeleitet von Beatrice Falk und Ingo Materna. Veröffentlichungen des Brandenburgischen Landeshauptarchivs. Hrsg. von Klaus Neitmann, Bd. 49, zugleich Schriftenreihe des Landesarchivs Berlin. Hrsg. von Klaus Dettner, Bd. 8, Teil I. – Teil 2: Die Berichte des Berliner Polizeipräsidenten über die sozialdemokratische Bewegung in Berlin während des Sozialistengesetzes 1878-1890. Bearbeitet und eingeleitet von Beatrice Falk und Ingo Materna. Schriftenreihe des Landesarchivs Berlin. Hrsg. von Uwe Schaper, Bd. 8, Teil II, zugleich Veröffentlichung des Brandenburgischen Landeshauptarchivs. Hrsg. von Klaus Neitmann, Bd. 57. BMV Berliner Wissenschafts-Verlag, Berlin 2005; 2009, 325 S.; 721 S., 49,00; 89,00 Euro

Als ich mich als junger Universitätsabsolvent in den 1950er Jahren an die Erforschung des Kampfes der deutschen Sozialdemokratie gegen das sogenannte Sozialistengesetz wagte, darüber publizierte und schließlich auch promovierte, waren

die betreffenden Akten verstreut, ungenügend aufgearbeitet, mitunter lückenhaft. Die nun von B. Falk und I. Materna in archivisch, bibliografisch sowie zeithistorisch vorbildlich erschlossener Form vorgelegten Dokumentenbände waren noch ein Wunschtraum. Jetzt aber bilden diese beiden Neuerscheinungen, – nützlich ergänzt durch die 2004 abgeschlossene dreibändige Edition der von Dieter Fricke und Rudolf Knaak bearbeiteten „Übersichten der Berliner politischen Polizei über die allgemeine Lage der sozialdemokratischen und anarchistischen Bewegung 1878-1913“ sowie frühere Quellenspublikationen von Leo Stern, Karl-Alexander Hellfaier u.a. –, eine umfangreiche willkommene Quellengrundlage für die Forschung über den in den letzten Jahrzehnten sträflich vernachlässigten Zeitraum 1878 bis 1890, den Mehring mit Recht als das „proletarische Heldenzeitalter“ der deutschen Sozialdemokratie bezeichnet hat. Freilich geben sie nur ein gewissermaßen ergänzendes Spiegelbild der tatsächlichen revolutionären Aktionen der illegalen Partei, der Gewerkschaften und sozialistisch orientierter Vereine, da eine „Gegenüberlieferung“ aus den Parteiorganisationen kaum oder nur sehr eingeschränkt möglich war. Die amtlichen Berichtersteller mussten sich auf Spitzelberichte, beschlagnahmte Druckschriften oder Flugblätter, geheime Beobachtungen sowie die Auswertung von Zeitungen stützen – oder auch mitunter auf Verrat.

Die Bearbeiter haben beide Bände – trotz des vierjährigen Erscheinungsabstands – als Einheit behandelt, und das ist gut so. Waren doch die betref-

fenden Territorien verwaltungsmäßig ebenso wie die politischen Aktionen der Sozialdemokratie über die Grenzen der Regierungsbezirke Frankfurt/Oder und Potsdam sowie Berlins in zunehmendem Maße verzahnt. Auch erspart dieses Verfahren dem Leser Wiederholungen in den Einleitungen.

Der 2005 erschienene Teil 1 enthält 27 zunächst bis März 1880 vierteljährlich, dann halbjährlich erstattete Berichte sowie einen Spezialbericht des Regierungspräsidenten von Frankfurt/Oder über die sozialdemokratische Bewegung in seinem Regierungsbezirk für den Zeitraum Oktober 1878 bis September 1890 (53-166) sowie vom Regierungspräsidenten in Potsdam aus demselben Zeitraum ebenfalls 27 Berichte plus zwei Spezialberichte, gesandt an den preußischen Minister des Innern (170-276).

Sie verdeutlichen, dass die Provinz Brandenburg jenseits der Reichshauptstadt – ausgenommen einige stärker industrialisierte Städte – in den letzten Jahrzehnten des 19. Jahrhunderts noch agrarisch geprägt war, und die Sozialdemokratie in Brandenburg erst allmählich Einfluss gewann. Ganz anders veranschaulichen die in Teil 2 2009 publizierten Dokumente – 48 Quartalsberichte des Berliner Polizeipräsidenten zwischen Februar 1879 und November 1890 –, in welchem Tempo sich in der zur Millionstadt avancierten Reichshauptstadt die sozialistische Bewegung aufgrund massenhaften Zuzugs von Arbeitskräften und systematischer Propagandatätigkeit der illegal wirkenden Partei entfaltete.

Infolge der jahrzehntelangen Erfahrungen der beiden Bearbeiter in Forschung und Dokumentenedition über den Zeitraum des ausgehenden 19. und beginnenden 20. Jahrhunderts vermögen sie, dem Leser einen geradezu spannenden Einblick in das zähe Ringen der Sozialistischen Arbeiterpartei Deutschlands mit Polizei und Gerichten zu vermitteln. Das geschieht in den beiden Teilen beigegebenen Einleitungen (nach einem Vorwort der Herausgeber) – summarisch in Teil 1 auf Brandenburg bezogen (13-38), detaillierter in Teil 2 auf die Reichshauptstadt konzentriert (9-26). Vor allem aber unterbreiten B. Falk und I. Materna in den außerordentlich zahlreichen, oft sehr ausführlichen, mit großer Akkuratess erarbeiteten Anmerkungen – d.h. biografischen und bibliografischen Ergänzungen, Berichtigungen oder zeithistorischen Kommentaren zu den in den Polizeiberichten gemachten Angaben – ein weit über die vorliegende Fachliteratur zum Thema hinausgehendes Faktenmaterial. Die beiden Bänden beigegebenen Verzeichnisse bzw. Nachweise (Abkürzungen, mehrfach zitierte Literatur, Abbildungen) und Register (Personen-, Orts-, Druckschriften- und Organisationsregister) erleichtern die Handhabung der Bände. All das, natürlich vorweg die erstveröffentlichten Polizeidokumente, lechzt förmlich nach weiterer, vertiefter Forschung besonders in regionaler und lokaler Hinsicht.

So ergibt die vorliegende zweibändige Dokumentation zusammen mit den aus der sozialistischen Bewegung stammenden Quellen sowie der Fachliteratur – beginnend mit Bern-

steins und Bebels Publikationen zum Thema – eine verblüffend reale Gesamtschau auf den zähen, opfer-, aber schließlich erfolgreichen Widerstand der deutschen Sozialdemokratie gegen die in Bismarcks Sozialistengesetz gipfelnde Unterdrückungspolitik des junkerlich-bourgeois, militaristischen Herrschaftsystems. B. Falk und I. Materna sei herzlich gedankt für ihre mühevollen Arbeit, vor allem für ihre gelungene Bereicherung der marxistischen Geschichtsliteratur.

Heinrich Gemkow

Archivare der Arbeiterbewegung

Bewahren – Verbreiten – Aufklären. Archivare, Bibliothekare und Sammler der Quellen der deutschsprachigen Arbeiterbewegung, Hrsg. Günter Benser und Michael Schneider, Friedrich-Ebert-Stiftung, Bonn-Bad Godesberg 2009

Dieses Buch entstand in produktiver Zusammenarbeit zwischen dem Förderkreis Archive und Bibliotheken zur Geschichte der Arbeiterbewegung e.V. und dem Archiv der sozialen Demokratie der Friedrich-Ebert-Stiftung. Der Vorsitzende des Förderkreises und der Leiter des Historischen Forschungszentrums des AsD zeichnen als Herausgeber. Die im Förderkreis geborene und von der Stiftung aufgenommene Idee, in knappen Lebensbildern die Erinnerung an jene Frauen und Männer zu bewahren, die sich in zwei Jahrhunderten um die Sammlung, den Aufbau, die Erhaltung und Erschließung

wesentlicher Zeugnisse der deutschsprachigen Arbeiterbewegung verdient gemacht haben, trug reiche Frucht.

Zahlreiche Autorinnen und Autoren, leider fehlt ein Autorenverzeichnis, brachten ihre Forschungsergebnisse in den Band ein. Das hat unterschiedliche Handschriften zur Folge. Dadurch bietet der Band biografisch genaue Informationen, diese jedoch nicht im gleichförmigen Stil eines biografischen Handbuchs. Akribisch belegt, bieten viele der Lebensbilder spannende Einblicke in unterschiedlichste Lebensentwürfe. Geprägt wurden diese durch oftmals entsagungsvolles Engagement sowohl für die Sache der Arbeiterbewegung in ihren vielfältigen Strömungen als auch im Dienste der Wissenschaft. So ist der Band ein beachtenswerter Beitrag zur europäischen Kulturgeschichte geworden.

Der wissenschaftsorganisatorischen und redaktionellen Arbeit von Dagmar Goldbeck und Sabine Kneib, beide auch Autorinnen von Lebensbildern, ist es zu danken, dass sich die unterschiedlichen Handschriften zu einem in sich geschlossenen Ganzen fügten. Alphabetisch geordnet, und durch ein detailliertes Personenregister zusätzlich erschlossen, reichen die Lebensbilder von Friedrich Wolfgang Adler, dem bekannten Führer der Sozialistischen Internationale, bis Emil Ottocar Weller, dem zumeist im Verborgenen arbeitenden ersten deutschen Arbeiterbibliografen und Verleger.

Die Lebensbilder der insgesamt an die 60 Archivare, Sammler, Bibliothekare, deren verdienstvolles, oft

nur Wenigen bekanntes Wirken nachgezeichnet wird, werden aus unterschiedlichen Quellen gespeist. Zu ihnen gehören persönliche Erinnerungen an einzelne Archivare oder Bibliothekare und Sammler, aber auch die Ergebnisse archivalischer Forschung und biografischer Darstellungen sowie biblio-biografischer Arbeiten. Sie verbinden sich in den Lebensbildern zu nicht immer bereits lückenlosen, aber informativen Biogrammen.

Sammler, Archivare und Bibliothekare wirkten in unterschiedlichen Zeiten, in unterschiedlichen Strömungen der Arbeiterbewegung, in unterschiedlichen sozialen Milieus sowie politischen Verhältnissen. Durch soziale Ausgrenzung und politische Verfolgung wurden sie oftmals in die Emigration gezwungen. Ähnlich erging es „ihren“ Sammlungen, „ihren“ Archiven und „ihren“ Bibliotheken, die, so es nottat, auch unter Einsatz des Lebens, illegal und getragen von internationaler Solidarität, in Sicherheit zu bringen waren. So fanden wesentliche Zeugnisse der deutschsprachigen Arbeiterbewegung nicht nur in Deutschland oder Österreich, sondern u.a. auch in den Niederlanden und in der französischsprachigen Schweiz, in Frankreich, in Schweden und in der Sowjetunion entweder eine Zuflucht oder eine Heimstatt.

Archivare, Bibliothekare und Sammler trugen dazu bei, dass wesentliche Quellen zur Geschichte der Arbeiterbewegung nicht von den Stürmen der Jahrhunderte verweht wurden. Das Fähnlein der Aufrechten führte durchweg kein geruhames Gelehrten-dasein, sondern war mit den je-

weiligen politischen und sozialen Bewegungen verbunden. Sie sammelten Flug- und Streitschriften, Werk- und Parteizeitungen, legten Pressearchive an, bewahrten vor allem die schriftlichen Zeugnisse gewerkschaftlicher Basisarbeit und vielfältige Belege des Wirkens politischer Bewegungen und Parteien mit Wurzeln im Arbeitermilieu. Erschlossen, wurden Archive und Bibliotheken zu einem Quell der Arbeiterbildung und der historischen Forschung.

Emil Fuchs, Bruno Kaiser, Julius Motteler, Boris Nikolajewskij und Dawid Rjasanoff, Theo Pinkus, Johannes Sassenbach und Boris Souvarine gehören zu den Bekanntesten aus der Schar der Sammler, Archivare und Bibliothekare. Diese legten (wie Alfred Eberlein) erste thematische Bibliografien zur Presse der Arbeiterklasse und der sozialen Bewegungen im 19. und 20. Jahrhundert an, die zu mehrbändigen Standardwerken anwuchsen, oder verfassten (wie Heinz Gittig) erste Bibliografien der Tarnschriften des antifaschistischen Widerstandes.

Weißer Flecken, die Gegenstand künftiger Forschungen sein könnten, sind u.a. das Schicksal des Internationalen Sozialpolitischen Archivs der KPD, dessen Entstehung mit dem Namen Kurt Sauerlands verbunden ist, oder der regionalen Archive der deutschen Sozialdemokraten in der Republik Polen (u.a. in Lodz). In jüngster Zeit entstehende Sammlungen, beispielsweise die Bibliothek der Freien im Haus der Demokratie in Berlin zur Geschichte und Gegenwart anarchistischer Bestrebungen oder des Archivs der deutschen

Frauenbewegung (AddF) in Kassel bezeugen, dass es sich bei Archiven und Bibliotheken zur Geschichte der Arbeiterbewegung nicht um ein „abgeschlossenes Sammelgebiet“ handelt, sondern um ein lebendiges Projekt.

Der angezeigte Band kann vom Förderkreis gegen Erstattung der Versandkosten und eine nach eigenem Ermessen festzulegende Spende bezogen werden.

Gerd Kaiser

Die Rolle der Geschichte

Politikum Geschichte. Die Rolle der Geschichte in öffentlichen Diskussionen, Klaus Kinner/Helmut Meier Hrsg. (Gesellschaft – Geschichte – Gegenwart. Schriftenreihe des Vereins „Gesellschaftswissenschaftliches Forum e.V.“, Berlin.) Trafo Wissenschaftsverlag Berlin 2009, 248 S., 26,80 Euro

Der vorliegende Band passt so recht in das Profil der Zeitschrift Z.: Beiträge zur Erneuerung des Marxismus aus der Sicht ehemaliger DDR-Historiker, die sich um „Schlußfolgerungen...“, die sich aus dem Scheitern des Sozialismus für die marxistische Geschichtsauffassung ergeben“ bemühen (8). Aus einer kritischen – selbstkritischen Analyse werden historische und aktuelle Erfahrungen des Umgangs mit Geschichte gewonnen und es wird versucht, neue Felder der marxistischen Forschung abzustecken. Dies ist um so dringlicher, da die Geschichte in der DDR stets ein besonderes „Politikum“ war, nicht nur gewissermaßen Ersatz für

das nicht existierende Forschungs- oder Lehrgebiet „Politologie“, sondern sie war die „ancilla“. Um aus dieser Rolle als „Magd der Politik“ herauszukommen genügt nicht der politische Umbruch, es ist die vollständige kritische Überwindung des dogmatischen „Marxismus-Leninismus“, nicht allein des sogenannten „Stalinismus“, die demokratische Erneuerung marxistischer Geschichtsbetrachtung und -schreibung erforderlich. Die Beiträge dazu sind Ergebnis einer Tagung, die dem 65. Geburtstag von Jürgen Hofmann gewidmet war. Aus seiner Laudatio (von Helmut Meier und Walter Schmidt – 229 ff) sowie seinen eigenen „Anmerkungen zu einem Dauerkonflikt“ über „Geschichte zwischen Nießbrauch Missbrauch“ (221 ff.) geht hervor, dass er als Professor an der ehemaligen Akademie für Gesellschaftswissenschaften beim ZK der SED und heute als einer der Sprecher der Historischen Kommission beim Parteivorstand der LINKEN bestrebt war und ist „zu brennenden Fragen der Zeitgeschichte wissenschaftlich tragfähige Standpunkte zu erarbeiten und in den öffentlichen Diskurs einzubringen“ (232).

Es ist nicht möglich, alle weiteren 15 Beiträge im Detail zu besprechen: Stefan Bollinger und Helmut Meier plädieren für einen „Pluralismus im Umgang mit Geschichte (23) und wenden sich gegen den „Verriß der Geschichte des Realsozialismus wie gegen dessen Verklärung“ (17). Ludwig Elm befasst sich mit den „Enquete-Kommissionen des Deutschen Bundestages (1992-1994 und 1995-1998) als geschichtspolitische

Staatsakte“ und zieht interessante Vergleiche zu gleichartigen Kommissionen in einigen Bundesländern, dabei stellt er bemerkenswerte Unterschiede in Urteilen fest. – Mario Kessler greift auf seine umfangreichen biografischen Forschungen zurück und referiert über die „Gründungsväter der DDR-Geschichtswissenschaft und der Umbruch 1989: Jürgen Kuczynski, Wolfgang Ruge und Ernst Engelberg“. Bei prägnanten Unterschieden kann man wohl Engelbergs Auffassung vom November 1989 zusammenfassend für die drei Marxisten zitieren: „vorwärts zu kommen“ im Sinne einer notwendigen demokratischen Erneuerung des Sozialismus (57). Daran schließt Siegfried Prokop mit Anmerkungen zu „Historische Umbrüche und die Verantwortung des Historikers“ an. – Nicht nur vom Umfang, auch vom Inhalt ist der Aufsatz von Anneliese Braun, einer Ökonomeprofessorin, von besonderem Gewicht: „Sozialismus als Alternative? <Sozialistische Dissidenten> in der DDR und was von ihnen bleibt“. Sie versteht unter „sozialistischen Dissidenten“ Personen und Bewegungen, die den Staatssozialismus in der DDR kritisierten und ihn überwinden wollten mit dem Ziel eines ... wirklichen Sozialismus. Wenn sie sich dann mit Robert Havemann, Rudolf Bahro und Fritz Behrens auseinandersetzt und die Probleme Antistalinismus, Freiheit und Demokratie in den Mittelpunkt ihrer Betrachtungen stellt, kann man durchaus unterschiedlicher Meinung sein. Richtig ist sicher, dass die „genannten Kritiker des Realsozialismus von links mit ihren Konzepten“ die

Probleme nicht lösen konnten, Probleme, die immer noch nicht gelöst sind (110): sie besitzen „noch oder wieder aktuelle Bedeutung für emanzipatorische Alternativen in Ost und West“ (111).

Horst Helas hat sich wiederholt mit der Frage befasst, „hat es in der DDR Antisemitismus gegeben?“, hier gibt er eine knappe Zusammenfassung für die „Streitkultur bei den deutschen Linken“ (115): Es hat ihn „in allen Etappen der Existenz der DDR wirklich gegeben“ (128). Reiner Zilkens über „Historische Forschungen zur Revolution 1918/19 in Deutschland ...“ weist nach, wie bestimmte Schwerpunkte, so die Räteproblematik, von den sich verändernden politischen Bedingungen abhängen. Sehr eindrucksvoll und bezeichnend für den Einfluß der Politik ist die aktuelle Untersuchung: „Politikum Gedenken – Gedenktafeln in Berlin“ von Holger Hübner, so wie die Anmerkungen von Gerhard Fischer „Zum Gedenkstättenkonzept der Bundesregierung“.

„Verstehen versus Verdrängen, Vergessen, Verleugnen“ überschreibt Alfred Loesdau seinen Bericht über „Deutschland in den Lebenserinnerungen US-amerikanischer Historiker deutsch-jüdischer Herkunft“. Bekannte Namen wie Hannah Arendt, George L. Mosse, Walter Laqueur, Peter Gay, Fritz Stern, Georg Iggers und W. Michael Blumenthal sind mit – hier natürlich knappen – Einschätzungen zu Grundfragen deutscher Geschichte im 20. Jh. genannt – eine Aufforderung, sich gründlicher mit ihnen, oft vom bundesdeutschen mainstream abweichenden Werken bekannt zu machen (178). Kompl-

zierter ist die von Daniela Fuchs-Frotscher angerissene Thematik: „Wroclaw und das deutsche Erbe – demokratische Traditionen bewahren“. Erst mit der politischen Wende wurde es möglich, die preußisch-deutsche Lokalgeschichte Breslaus für Wroclaw, damit für die polnischen Westgebiete wiederzuentdecken. Nachdem in der DDR zunächst die polnisch-sowjetische Argumentation der „Rückgabe uralter polnischer oder slawischer Gebiete“ unterstützt und mit dem Abschluß des Görlitzer Abkommens vom 6. Juli 1950 die Oder-Neiße-Grenze vertraglich anerkannt wurde (m.E. der eigentliche „Kniefall“ in der entscheidenden Frage für Polen), gab es seit Mitte der 50er Jahre seitens der SED/DDR eine realistische politisch-historische Begründung für die Grenzziehung (statt der BRD-„Linie“). Ursula Herrmann zeigt an einer einmaligen Quelle, wie politische Geschichte in den Beratungen eines sozialdemokratischen Arbeitervereins (in Berlin-Lichtenberg-Friedrichsberg) ständiges Thema war. Schließlich verfolgt Hartmut Mehls (selber blind) den „Aufstieg der Blinden vom Bettler zum Arbeiter“, ein kurzer Abriß dieser wenig beachteten Geschichte vom 19. Jh. bis in die Weimarer Republik; die Abhängigkeit der entsprechenden Einrichtungen und der gesellschaftlichen Stellung der Blinden von der Politik könnte man sich ausführlicher wünschen und die Fortführung des Themas bis zum Ende des Jahrhunderts. Schließen wir mit einem Satz von Jürgen Hofmann: „Geschichte wird nicht wegen der Vergangenheit sondern der Gegenwart wegen erin-

tert. Sie dient der Positionsbestimmung, der Rechtfertigung und Begründung eigener Handlungen und Ziele“ (221) – zukünftiger Ziele.

Ingo Materna

Jugendliche Erinnerungen

Peter Gingold, Paris – Boulevard St. Martin No. 11. Ein jüdischer Kommunist in der Résistance und der Bundesrepublik, hrsg. von Ulrich Schneider, PapyRossa Verlag, Köln 2009, 187 S., 14,90 Euro

Als Peter Gingold (8.3.1916 bis 29.10.2006) 90 Jahre war, entschloss er sich, seine Lebenserinnerungen zu schreiben. Da war es zu spät. Er starb, bevor er seine Aufzeichnungen abschließen konnte. Aber er hatte auch keine Minute zu früh mit dieser Arbeit begonnen: Jahrzehntelang hatte er keine Zeit für sie gehabt. Er war ständig unterwegs, oft in Schulen, und gab dort seine Erfahrungen weiter. Nie kam er unvorbereitet. Obwohl er frei sprach, brachte er immer ein ausgearbeitetes Typoskript mit. Auf diese Texte hat er sich auch bei der Niederschrift seiner Erinnerungen gestützt. Der Buchtitel markiert das Kernstück: Widerstand in Frankreich, Gestapohaft und am 23. April 1943 die Flucht in Paris, Boulevard St. Martin No. 11: „der Tag meiner Wiedergeburt“.

Der Bericht über Kindheit und Jugend zeigt den engen Zusammenhalt einer jüdischen Familie erst in Aschaffenburg, dann in Frankfurt/Main. Gingold begann eine kaufmännische Lehre. Zwei Altersgenossen wollten ihn 1930 für den

Zentralverband der Angestellten werben: „Wir sind Jungen und Mädchen? – aha Mädchen! –, da war ich entschlossen, Mitglied der Gewerkschaft zu werden.“ 1931 trat er dem Kommunistischen Jugendverband Deutschlands bei. Nach der Machtübergabe an Hitler fertigte und verteilte er mit ihr Flugblätter, 1933 wurde er verhaftet und emigrierte danach – wie seine ganze Familie – nach Frankreich. Es begannen die prägenden Jahre, weiterhin in der kommunistischen Jugend, in der Peter Gingold seine spätere Frau Ettie kennenlernte. Beide beteiligten sich 1936 in Paris an der Gründung der „Freien Deutschen Jugend“. Zu seiner großen Enttäuschung wurde seine Meldung für den spanischen Bürgerkrieg nicht akzeptiert. Die KPD, der er schließlich 1937 beitrug, hatte einen anderen Auftrag für ihn: Informationsbeschaffung aus der Emigrantenzeitung „Pariser Tageblatt“, in der er eine Beschäftigung gefunden hatte. Dort trafen sich ständig führende französische und ausländische Politiker. Nach dem Überfall Hitlerdeutschlands kam er in französische Internierung. Sobald er entlassen war, begann seine Widerstandstätigkeit: „Travail Allemand“, verdeckte Arbeit unter den deutschen Soldaten und gegen sie. Seine Führungsfunktionäre waren Otto Niebergall und Artur London. 1942 hob die Polizei in Paris Peter Gingolds illegales Quartier aus, fand ihn nicht, wohl aber seinen Bruder Leo, der nach Auschwitz deportiert wurde. „Diese Zeilen konnte ich nur unter Tränen schreiben.“

1943 wurde dann auch Peter Gingold verhaftet. Er wurde gefoltert und

entkam durch eine List, für die es kaum eine Chance gab, und sie gelang. 1944 beteiligte er sich am Aufstand in Paris. Das Komitee Freies Deutschland delegierte ihn zu den italienischen Partisanen. Dort erlebte er die nächste Befreiung. Wie schon in Frankreich war er auch hier entsetzt über brutale Selbstjustiz.

Nach der Rückkehr traf er in Berlin den Jugendfreund Hermann Axen, der ihn aber nicht zum Bleiben in der Sowjetischen Besatzungszone bewegen konnte: Gingold wollte näher an Frankreich sein. Seit Ende 1945 war er Funktionär der KPD in Frankfurt am Main. Mit dem Verbot der Partei wurde er – ebenso wie seine Familie – „staatenlos“.

Peter Gingold eignete sich nicht zum Dissidenten. Der Sieg der Sowjetunion bedeutete für ihn Überleben. Mit Axen blieb er bis zu dessen Tod verbunden. Auch ein Veteran ist er nie geworden, er blieb immer in der Gegenwart präsent. Im Jubeljahr der Bundesrepublik erscheinen bräsige Erinnerungen von Vertretern der offiziellen Bundesrepublik – Siegermemoiren in Büchern und Interviews. Gingold spricht nicht als Verlierer. Anders als viele seiner Genossen lässt er seine Biografie nicht in der allgemeinen Politikgeschichte untergehen. Nicht das Private, aber die persönliche Erfahrung ist für ihn politisch. Manche jüdische Kommunisten sprachen kaum über das Schicksal ihrer Familien im Holocaust. Der Tod seiner Geschwister ist Teil der Schreckensgeschichte, gegen deren Wiederholung er sein ganzes späteres Leben lang anging. 1975 fand der Kampf gegen das Berufsverbot, das über seine Tochter Silvia

verhängt wurde, einen Höhepunkt in Alfred Grossers Frankfurter Friedenspreisrede 1975 (einer der wenigen, die der Erinnerung wert sind): Es war eine Wende in dieser wichtigen innenpolitischen Auseinandersetzung. Immer wieder ist auf den Bildern von Demonstrationen für die Tochter der Vater zu sehen.

Unverkennbar wollte Peter Gingold mit diesem Buch gar keine Memoiren schreiben. Zuletzt kurze Zeit an den Rollstuhl gefesselt, setzte er seine Arbeit fort: Aufklärung im Bericht. Die mündliche Rede bleibt im geschriebenen Text spürbar, und so hat Peter Gingold tatsächlich ein weiteres Mal überlebt.

Georg Fülberth

Marx Global

Jan Hoff, Marx Global. Zur Entwicklung des internationalen Marx-Diskurses seit 1965, Akademie Verlag, Berlin 2009, 345 S., 49,80 Euro

Noch immer hat der Marxismus nicht Marx' Forderung eingelöst, „die Verbindung der deutschen Sozialisten mit den französischen und englischen Sozialisten herzustellen“ – ein „Schritt, den die soziale Bewegung in ihrer literarischen Ausdrucksform machen muß, um sich der nationalen Beschränktheit zu entledigen“ (MEW 27, S. 442). Erst recht harrt die Marx-/Engelssche Diagnose, „aus den vielen nationalen und lokalen Literaturen bildet sich eine Weltliteratur“ (MEW 4, S. 466), zumindest bezüglich marxistischer Theorieproduktion noch ihrer Verwirklichung. Jan Hoff hat nun mit seiner Dissertation „Marx Global“ ein Werk vorgelegt, das dem nicht nur in

Deutschland vorherrschenden Provinzialismus in Sachen Marx-Rezeption den Kampf ansagt (14, 196ff.).

Der Titel des Buches ist wörtlich zu nehmen. Hoff beansprucht tatsächlich, einen Überblick über die weltweite Rezeption des Marxschen Werks seit Mitte der 1960er Jahre zu geben.

Zunächst umreißt er vier Phasen der Entwicklung marxistischer Theorieproduktionen – 1) den sowjetischen dogmatischen Marxismus vor der Entstalinisierung, 2) den „globale[n] Aufschwung des Marxismus“ (34) im Zuge der politischen Emanzipationsbewegungen seit Anfang der 1960er Jahre, 3) die Ausrufung einer Krise des Marxismus seit Mitte der 70er bis zum „Untergang des Marxismus als Massenideologie“ 1990 (58) und schließlich 4) die wesentlich als „Theoriesystem“ (69) charakterisierte Fortexistenz des Marxismus nach diesem Datum. Im zweiten Teil des Bandes konzentriert er sich auf die „theoriegeschichtliche Entwicklung der internationalen Rezeption und Weiterentwicklung der Marxschen Ökonomiekritik“ (78), während im dritten Teil eine vertiefende Betrachtung dieser Debatten anhand der Themenkomplexe ‚Gegenstandsverständnis der Werttheorie‘, ‚Methoden-debatte um Forschung und Darstellung‘, ‚Aufbauplanproblematik‘ und schließlich ‚Krisentheorie‘ erfolgt.

Hoff konzentriert sich also auf die Debatten über die ökonomiekritischen Aspekte des Marxschen Werks im engeren Sinn, wobei man – soweit der Rezensent das beurteilen

kann – einen verlässlichen, manchmal auch verblüffenden Einblick in die weltweiten Bemühungen um die Marxsche Kritik der politischen Ökonomie erhält. Verblüffend, weil sich dem Leser eine ungeahnte Vielfalt und ein immenses Ausmaß von Theorieproduktionen eröffnet. Wer hat z.B. schon einmal etwas von der chilenischen Philosophin Marta Harnecker gehört, die ein am französischen strukturalen Marxismus Althusser orientiertes Buch über die Grundbegriffe des historischen Materialismus verfasst hat, von dem „in der spanischsprachigen Welt insgesamt ca. eine Million Exemplare im Umlauf sind“ (75)? Oder wer, mit Ausnahme einer Handvoll Spezialisten, weiß hierzulande, dass die Beschäftigung mit Marx in Japan seit den späten 1940er Jahren sowohl qualitativ als auch quantitativ zu den wichtigsten weltweit gehört? Wer kennt das bereits 1919 gegründete, von einem Industriellen finanzierte und zum Teil dem frühen Frankfurter Institut vergleichbare Ohara-Institut für Sozialforschung (98)? Insbesondere die Hinweise auf den japanischen Kontext sind daher mit Gewinn zu lesen: Hoff zeigt, dass die Kritiken an der traditionellen Deutung der ersten Kapitel des ‚Kapital‘ als Theorie einer ‚einfachen Warenproduktion‘ (54), der Verbindung von Geschichtsphilosophie und Ökonomiekritik (55), der Deutung des ‚Kapital‘ als historischer Darstellung der Entwicklung des Kapitalismus (104f.), der Vermischung der Abstraktionsebenen von Wertform- und Austauschprozess-Analyse (215f.) oder der rein quantitativ-ricardianischen Deutung der Wert-

theorie (99) schon Jahrzehnte vor der bundesdeutschen Behandlung dieser Topoi geleistet wurde. Ohne der Debatte unkritisch gegenüberzustehen, konstatiert Hoff daher zu Recht, es sei frappant, „wie weit tatsächlich die japanische Marx-Diskussion der Nachkriegszeit der westdeutschen [...] jener Jahre voraus war“ (216). Dazu scheint auch das intellektuelle Klima an den japanischen Hochschulen der Jahre nach 1945 beigetragen zu haben. So zitiert Hoff einen Schüler des bedeutenden Ökonomen Kozo Uno, der Mitte der 1970er Jahre von ca. 1000 sich dem Marxismus zurechnenden Ökonomen an dortigen Universitäten ausging (101). Etwas beschämend sind diese Fakten vor allem für den bundesdeutschen Bereich, denn die Diskussionen der japanischen Marxologie sind oft in englischer Sprache erfolgt – mit einer unüberwindlichen Sprachhürde kann die fast durchgängige Ignorierung hierzulande also kaum erklärt werden.

Es bleibt aber nicht bei der Betrachtung dieses Teils der Welt. Hoff gibt einen Überblick auch über andere asiatische Länder sowie angelsächsische, kontinentaleuropäische und lateinamerikanische Diskussionszusammenhänge. Bei einer derartigen Breite ist es fast zwangsläufig, dass in Hoffs Arbeit nur selten ausführlich auf die verhandelten Positionen und Kontroversen eingegangen wird. Daher haben Teile des Buches den Charakter eines Literaturberichts – eines notwendigen Literaturberichts, wie ergänzt werden muss. Die Leistung Hoffs ist es, in präziser Form auf die Vielfalt und den fast schon erdrückenden Umfang der weltweiten Be-

schäftigung allein mit dem Problemfeld der Marxschen Ökonomiekritik aufmerksam zu machen. Es wäre deshalb unfair, von einem einzigen Autor eine detaillierte Aufarbeitung der angesprochenen Sachdiskussionen, der institutionellen Hintergründe oder gar sozialgeschichtlichen Entwicklungen – die allerdings bei Hoff nicht unbeachtet bleiben – zu verlangen. Zu jedem der hier angesprochenen Aspekte und jeder der vorgestellten Schulen könnte und müsste weiter geforscht werden, um schließlich eine auch für Nichtspezialisten zugängliche Zusammenstellung der theoretischen Gehalte und vorläufigen Resultate all dieser weltweiten Bemühungen um eine wissenschaftlich fundierte Gesellschaftskritik zu ermöglichen. Für diejenigen, die sich näher mit der Theoriegeschichte des Marxismus beschäftigen, kann Hoffs Arbeit zu einem wichtigen Hilfsmittel der weiteren Forschung werden. Es wird sich allerdings zeigen, ob der akademische Betrieb in der Bundesrepublik und darüber hinaus dazu veranlasst werden kann, sich einer wissenschaftlichen Marx- und Marxismusforschung zu öffnen, oder ob die meist anzutreffende bodenlose Ignoranz verbunden mit der neoliberalen Hochschulreform auf ganzer Linie siegen wird.

Ingo Elbe

Neues aus der Marx-Engels-Forschung

Marx-Engels-Jahrbuch 2008, Herausgegeben von der Internationalen Marx-Engels-Stiftung Amsterdam, Akademie Verlag, Berlin 2009, 190 S., 39,80 Euro

Der vorliegende Band ist wieder eine Fundgrube für all jene, die an der Erforschung von Leben und Werk der Namensgeber des Jahrbuchs sowie des Umfelds, in dem sie gelebt und gewirkt haben, interessiert sind.

Der Band beginnt mit einer Studie von Charles Reitz (Kansas City) zu einem arg vernachlässigten Thema, Marx' Verhältnis zu den USA, konkret über Horace Greeley, Karl Marx und die deutschen 48er (in den USA): Antirassismus im Kampf um den Freistaat (d.h. von Sklaverei freien) Kansas in den Jahren 1854-1864. Greeley, im deutschsprachigen Raum kaum bekannt, gründete 1841 die New York Daily Tribune und war bis zu seinem Tode 1872 ihr Herausgeber. Da Marx im englischen Exil über zehn Jahre sein Brot zu einem Gutteil mit dem Schreiben von Artikeln für die „Tribune“ verdiente, in seinen besten Zeiten schrieb er zwei pro Woche, steht die Bedeutung des Themas für die Marx-Engels-Forschung außer Frage. Zudem blendet die Geschichtsschreibung in den USA die radikaldemokratischen und antirassistischen Bestrebungen dieser Zeit weitgehend aus, und daher liefert Reitz mit seiner Studie zugleich einen originären Beitrag zur US-Geschichte.

Auch der zweite Beitrag widmet sich einem seit Jahren kaum mehr bearbeiteten Thema, nämlich dem Stir-

ner-Kapitel in der *Deutschen Ideologie*. Die Autorin, Ariane Fischer (Philadelphia), zeigt im Kontext der hier erstmals in extenso ausgeführten materialistischen Geschichtsauffassung von Marx und Engels den Zusammenhang zwischen Ideologiekritik und dem Konzept geistiger Arbeit auf. Das ist insofern bemerkenswert, als in der Einführung zur Vorabpublikation der Ludwig Feuerbach und Bruno Bauer betreffenden Teile des Werks im ersten Band des Jahrbuchs (2003) von den Verantwortlichen Gegenteiliges behauptet worden war.¹ Problematisch ist, dass in dem Artikel Marx und Engels nur nach englischen Übersetzungen, teilweise auch nur nach englischsprachigen Sekundärquellen zitiert werden, so dass am Originaltext Interessierte sich der Mühe unterziehen müssen, die Belege selber zu verifizieren. Auch hat die Autorin in ihren Betrachtungen die deutschsprachige Literatur zu wenig berücksichtigt, insbesondere fehlt jeglicher Verweis auf die grundlegende Analyse von Hans G Helms, die zum unverzichtbaren Bestandteil jeglicher Stirner-Rezeption gehört.²

Sehr bedeutsam ist der Beitrag von Hendrik Wallat (Hannover) über den Begriff der Verkehrung im Denken von Marx, stellt er ihn doch als sozusagen Oberbegriff der all zu oft unbegriffenen Begriffe der Entfrem-

dung, der Verdinglichung und des Fetischismus vor. Indem er dessen Stellenwert im Marxschen Werk herausarbeitet, führt er zugleich einen Gutteil der Debatte um den jungen, (noch) dem Humanismus verpflichteten Marx ad absurdum und zeigt wesentliche Entwicklungsstränge Marxschen Denkens auf, ohne deren zweifellos vorhandene Brüche, Ab- und Umbrüche zu negieren. Im Interesse einer stringenten Argumentation hätte Wallat allerdings bei Verweisen auf *Das Kapital* gut daran getan, stets auch auf die von Marx verfassten und nicht nur auf die von Engels herausgegebenen Texte zu verweisen, also bei Band I auf die Ausgabe von 1872 und bei Band III auf das Manuskript von 1863/65.³

Kolja Lindner (Berlin) wirft einen zu Recht ziemlich kritischen Blick auf die Geschichte französischer Marx-Engels-Editionen, insbesondere auf die gerade begonnene „Grande Édition Marx et Engels“. Es steht zu hoffen, dass seine präzise Analyse des 2008 erschienenen Band I, der die Materialien zur Kritik des Gothaer Programms enthält, bei den Editorinnen und Editoren Gehör findet. Nicht ganz folgen kann der Rezension dem uneingeschränkten Lob der unter Leitung von Jean-Pierre Lefebvre verfertigten Übersetzung von *Das Kapital* Band I. Mag sie auch der sprachlich adäquate Ausdruck der von Engels herausgegebenen 4. deutschen Auflage sein, so enthält sie eben deshalb all die Passagen nicht, die Marx in die von ihm

¹ Marx-Engels-Jahrbuch 2003. Hrsg. v. d. Internationalen Marx-Engels-Stiftung Amsterdam, Berlin 2004.

² Siehe Hans G Helms: Die Ideologie der anonymen Gesellschaft. Max Stirners „Einziger“ und der Fortschritt des demokratischen Selbstbewußtseins vom Vormärz bis zur Bundesrepublik, Köln 1966.

³ Siehe Karl Marx/Friedrich Engels: Gesamtausgabe (im folgenden: MEGA). Bd. II/6 u. Bd. II/4.2, Berlin 1987 u. 1992.

revidierte französische Übersetzung aufgenommen, Engels jedoch nicht in die von ihm herausgegebenen Ausgaben übernommen hatte. Um nur ein Beispiel zu geben: Während in den deutschen Ausgaben Sir Benjamin Thompson, der „Erfinder“ der Rumford-Suppe, als bloßer Humbug (Anglizismus für Schwindler) abqualifiziert wird, merkt Marx in der französischen Ausgabe in einer Fußnote an: „Wohlgermerkt, wir beschäftigen uns hier nur mit dem ökonomischen Teil seiner ‚Essais‘. Was die Forschungen von Thompson über die Wärme usw. betrifft, ist sein Verdienst heute allgemein anerkannt.“⁴ Auch hätte die Redaktion des Jahrbuchs Lindner darauf hinweisen müssen, dass seine Bemerkungen zur Entstehungsgeschichte von *Das Kapital* Band II und III einfach falsch und ersatzlos zu streichen sind.

Mit der Beschreibung des über Jahrzehnte verschollenen Briefs von Marx an Gräfin Hatzfeldt vom 16. Oktober 1864 macht Richard Sperl auf das Problem aufmerksam, dass Marxsche Originale nach wie vor nicht historisch-kritisch ediert werden können, weil sie vom Auktionsmarkt in die Tresore von Privatiers wandern, die sich trotz dringlicher Nachfrage weigern, sie kompetenten Forschern wenigstens zur Einsicht vorzulegen.

⁴ Siehe MEGA, Bd. II/7, Berlin 1989, S. 523 (Übersetzung Th. K.). Zu den Ausgaben von 1872 und 1890 siehe Bd. II/6, S. 551, und Band II/10, Berlin 1991, S. 539. Ebenso Marx-Engels-Werke, Bd. 23, Berlin 1962, S. 628. Auch die von Engels durchgesehene englische Übersetzung enthält die Passage nicht (siehe MEGA, Bd. II/9, Berlin 1990, S. 520/21).

Der Band schließt mit zwei Konferenzberichten und sieben Rezensionen ab. Als ausgesprochen wohlwendend ist die Tonlage zu empfinden, in der sich Rezensentinnen und Rezensenten äußern, sich teilweise auch gegenseitig kritisieren. Dies lässt darauf hoffen, dass das Jahrbuch weiterhin zur Entkrampfung ideologisch aufgeladener Debatten beitragen wird, und zwar ohne deren wissenschaftlichen Gehalt zu verwässern. Darauf deutet auch das Korrigendum zum jüngst erschienenen MEGA-Band II/13 (Engels' Edition von *Kapital* Band II) hin.

Thomas Kuczynski

Kunst kommt auch von Wissen

Thomas Metscher, Imperialismus und Moderne. Zu den Bedingungen gegenwärtiger Kunstproduktion, Neue Impulse Verlag (= Edition Marxistische Blätter 104), Essen 2009, 181 S., 14,80 Euro

Thomas Metscher hat in den vergangenen Jahrzehnten eine große Zahl von Studien zur Kunsttheorie vorgelegt. Kennzeichnend für viele dieser Schriften ist der Versuch, „die Hauptlinien moderner Kunst theoretisch (zu) erfassen und in paradigmatischen Essays (zu) erläutern“ – ein Anspruch, der auch für den vorliegenden Band erhoben wird (10). Es geht dem Autor um eine „kritische Theorie der ästhetischen Moderne“ (6), um Stellung und Funktion der Künste innerhalb des Ensembles der gesellschaftlichen Verhältnisse sowie um eine Absage an „jeden Nihilismus in Fragen ästhetische Wertung“

(ebd.). Dabei lehnt der Autor eine normative Ästhetik ausdrücklich ab (12).

Metscher baut auf der Einsicht auf, dass die gesamte westlich geprägte Zivilisation aus einer grundlegenden Krise entspringt, die bis heute andauert. Diese Krise ist Ausdruck der ungebremsten Expansion des Kapitals, die in alle Lebensverhältnisse hineinwirkt. Der erste Weltkrieg wird als „einschneidende Zäsur“ (7) in der Herausbildung von Krisenbewusstsein gesehen. Mit dieser Entwicklung tritt auch der Zusammenhang von Kapital und Gewalt offen zutage. Auf die Erosion aller bürgerlichen Normen und Werte reagieren große Teile der Intelligenz mit Nihilismus. Weitere prägende Faktoren der ästhetischen Moderne erkennt der Autor in der „fundamentalen weltgeschichtlichen Alternative von Sozialismus und Barbarei“ (9) einschließlich der Künste im realen Sozialismus, im „Kosmopolitismus der Kunstverhältnisse“, der aus der Entgrenzung der kapitalistischen Produktionsverhältnisse folgt (Entstehung von Weltkunst) sowie im kulturellen Polyzentrismus: der Tatsache, dass die globalisierte Kapitalentwicklung eine größere Zahl kultureller Zentren hervorbringt, nicht homogen verläuft. Metscher konstatiert hier zu Recht ein „Widerspruchsfeld der imperialistischen Kulturverhältnisse überhaupt“ (ebd.). Auf der hier skizzierten Grundlage unternimmt der erste Hauptteil den Versuch, die heutigen Produktionsbedingungen für Kunst zu klären. Dabei wird der Kunstbegriff eingeschränkt auf „progressive Kunst heute“, das ist „jede Kunst, die sich der Wirklichkeit un-

ter dem Gesichtspunkt menschlicher Emanzipation stellt“ (12). Im Rückgriff auf Brecht stellt der Autor die Frage nach der Wahrheit in der Kunst und den Schwierigkeiten, diese Wahrheit zu erkennen und zu verbreiten. Für Metscher ist die Wahrheit immer als politische Wahrheit zu denken, Erkenntnis dient der Veränderung gesellschaftlicher Wirklichkeit, das Ziel künstlerischer Tätigkeit bestimmt sich nicht nach rein ästhetischen Gesichtspunkten, sondern besteht im Beitrag der Künste zur Emanzipation des Menschen – so lautet des Autors „politische Ethik der Künste“ (24) in nuce.

Das folgende Kapitel liefert eine beschreibende Analyse der spätimperialistischen Welt. Diese folgt grundlegend der marxistischen Auffassung. Die hemmungslose Ausbeutung von Mensch und Natur gefährdet den „gesamten Prozess der Zivilisation“ (31). Rationale Entwicklung in Wissenschaft und Technik wird kontrastiert durch Irrationalismus in Gesellschaft und Bewusstseinsbildung. Das Individuum wird deformiert, funktionalisiert, reduziert. Politische Herrschaft baut dort, wo sie nicht gewaltsam durchgesetzt wird, auf „Lüge, Trug und ideologischen Schein“ (47) auf – das Resultat fasst Metscher im Begriff der „pathischen Gesellschaft – einer Kultur des Todes“ (60) zusammen. Diese Gesellschaft ist sich selbst nicht bewusst, ihre herrschende Bewusstseinsform ist der Irrationalismus. Dieser tritt in seiner aktuellen Form als postmoderne Ideologie auf, die wesentlicher Teil der „neoliberalen Offensive“ ist, „vielleicht der zentrale Teil dieser Front“ (80), der bei der Stabilisie-

„um so wirksamer ist, weil er oppositionelle Potenzen integriert, in einer Weise, die keine offen affirmative oder gar konservative Ideologie zu leisten imstande wäre“ (79).

Die ästhetische Moderne entsteht mit dem Imperialismus. Bis heute reflektiert sie seine Entwicklung, kann sich dieser nicht entziehen. „Für das gesamte zwanzigste Jahrhundert und darüber hinaus (bis in die Postmoderne hinein) bildet die Konstellation von Sinnkrise und Nihilismussyndrom den Hintergrund, zu dem sich die moderne Kunst ideologisch verhält“ (88). Moderne Kunst, im formationsgeschichtlichen Sinn, bewegt sich in dem Spannungsfeld, das aus dem Verfall aller bürgerlichen Er rungenschaften und Werte, dem ‚Tod Gottes‘ (Nietzsche) und dem Verlust der Sinnhaftigkeit des Lebens entsteht. Diese Spannung hat eine große Vielfalt künstlerischer Formen hervorgebracht, wobei heute abstrakte (gegenstandslose) Kunst dominiert. Metscher lehnt jede rein formale Bewertung der Künste strikt ab und betont die „Dialektik von Inhalt und Form“ (98), wobei dem Inhalt die „genetische Priorität“ zukommt (ebd.).

Konsequent wird die Beurteilung und Wertung von Kunstwerken an das „in der künstlerischen Form artikulierten ‚Weltbild‘“ (97) gebunden (die Kernkategorie heißt „ästhetische Weltanschauung“, [ebd.]), von welchem her die Auswahl der formalen Mittel bestimmt ist. Wirklich große Kunst stellt sich den Auseinandersetzungen der Zeit und verarbeitet diese in formaler Meisterschaft. Sie wider setzt sich den dominierenden Ten-

denzen der Tauschwertorientierung. Nur so ist sie „authentische Kunst“ (106) – ist durch eine Bedeutungskomplexität ausgezeichnet, die ihrerseits einen Spielraum von Rezeptionen möglich macht“ (107). Zur künstlerischen Gestaltung der Form tritt das Element der Welt darstellung und -deutung hinzu. Der höchste Rang jedoch kommt „emanzipatorischer Kunst“ zu (ebd.), die nicht nur die Anforderungen authentischer Kunst erfüllt. Sie verpflichtet sich zudem der eingangs dargestellten politischen Ethik der Künste, was nur im bewussten Gegensatz zu den herrschenden gesellschaftlichen Verhältnissen möglich ist.

Authentische Kunst ist gebunden an die Erfüllung von fünf Voraussetzungen. Da ist (1.) die kritische Erkenntnis des Zustands der heutigen Gesellschaft; (2.) die „Arbeit an der Form in Kenntnis des Standes der ästhetischen Produktivkräfte“ (110); (3.) ein Begriff authentischer Kunst einschließlich ästhetischer Wertung als Gegenposition zum populären ‚anything goes‘; (4.) Gegenständlichkeit und die „Wiederentdeckung des Ensembles der gesellschaftlichen Verhältnisse als Gegenstand der künstlerischen Produktion“ (ebd.), sowie (5.) die Rückbesinnung auf das menschliche Wesen, „seine Wirklichkeit, seine Möglichkeit und seine Würde“ (111).

Im Anschluss stellt Metscher interpretierend Werke der Literatur vor (T. Mann, P. Weiss, B. Brecht), die sowohl den vorab formulierten Ansprüchen an authentische, emanzipatorische Kunst gerecht werden, als auch eine Auslegung aus der Perspektive ‚ästhetischer Weltanschau-

ung' erlauben.

Wird der Autor den im Vorwort formulierten Ansprüchen gerecht? Die Kurzinterpretationen zeigen in großer Klarheit, dass der Zugang zu den Werken unter Rückgriff auf die Kategorie ästhetischer Weltanschauung ausgesprochen produktiv ist. Es gelingt Metscher nicht nur, zwei Autoren, die unterschiedlicher kaum sein könnten (T. Mann, P. Weiss) anhand der beiden Werke näher aneinander zu rücken. Zugleich gelingen auch überzeugende Interpretationen des *Dr. Faustus* und der *Ästhetik des Widerstands*.

Die mit dem Untertitel (der nicht vom Autor stammt) einhergehende Erwartung an eine Beschäftigung mit Gegenwartskunst erfolgt allerdings nicht. Es werden fast ausschließlich Werke genannt, die mindestens 30 Jahre oder älter sind. Schließlich wir aus, dass es in den vergangenen Jahrzehnten keine große Kunst im hier gemeinten Sinne gegeben hat, ist der Autor dazu eine Erläuterung (besser noch: eine Werkinterpretation) bislang schuldig geblieben. In diesen Zusammenhang gehört auch die Aufnahme modernen Techniken als künstlerische Themen bzw. Materialien (Video, digitale Fotografie und Filmkunst, Performance, Internetkunst usw.). Das Kapitel zu den neuen Medien in den Künsten (101f.) ist sicher unzureichend. Inwieweit die Theorie auch hier praxistauglich ist, bleibt vorerst also offen.

Es ist zu begrüßen, dass Metscher sehr klare Linien zur ästhetischen Wertung zieht und diese auch begründen kann. Allerdings sind Zweifel anzumelden, ob die Definition

von Kunst als progressiv, authentisch, emanzipatorisch, dazu noch gesellschaftlich, gegenständlich und einfach, nicht zu eng ist. Die Forderung, dass Kunst und Kultur nur „mit dem Blick nach vorn, [...] neue, am sozialistischen Ideal orientierte Lösungen“ befördern sollen (36), passt nicht in den argumentativen Rahmen des Autors, der ausdrücklich nicht normativ sein will (ganz zu schweigen davon, was ‚sozialistisches Ideal‘ in diesem Kontext eigentlich konkret heißen soll).

Die vom Autor geforderte politische Ethik der Künste ist wünschenswert, gleichwohl aber nicht als Kernkategorie ästhetischer Wertung zu akzeptieren. Dies gilt noch mehr für die Annahme, dass der Künstler einen kritischen Begriff der gegenwärtigen Gesellschaft braucht. Es ist darauf zu bestehen, dass auch ein intuitiver Wirklichkeitszugang in den Künsten möglich ist, vielleicht sogar für den Rezipienten, der in Metschers Text keine prominente Rolle hat, mehr Aneignungswege eröffnet. Schon bei moderner Musik (John Cage, Frank Zappa etc.) oder in den bildenden Künsten (z.B. Tony Cragg) wird Metschers Wertungssystem versagen. Es darf angenommen werden, dass eine Reihe von Kriterien fehlen, die nicht politischen oder gesellschaftstheoretischen Maßstäben entspringen.

Lesen wir den Text allerdings so, dass authentische und emanzipatorische Kunst nicht allein den Anspruch erheben können, ‚große Kunst‘ zu sein – wofür spricht, dass der Autor dem Künstler die Freiheit lässt, seine Auffassung von politischer Ethik nicht zu teilen, und somit „frei von

solchen Verpflichtungen“ zu sein (24) –, dass die Orientierung auf Sozialismus und Befreiung nur eine mögliche Bestimmung des Emanzipatorischen sind, dann allerdings haben wir einen Entwurf, mit dem sich wohl auch zeitgenössische Kunst nicht nur betrachten, sondern auch bewerten lassen wird.

Edgar Radewald

Klassenbewusstsein

Günter Bell, „Ein Stadtteil, in dem die Arbeiterklasse zu Hause ist“? Klassenbewusstsein und Klassensozialität in sozial-räumlichen Milieus, VSA-Verlag, Hamburg 2009, 206 S., 16,80 Euro

Günter Bell hat mit einer sozial-räumlichen Analyse des ArbeiterInnenstadtteils Köln-Kalk seine Dissertation an der Universität Dortmund, Fakultät Raumplanung/Prof. Hans Blotevogel, vorgelegt. Im Kern geht es um eine qualitative empirische Untersuchung entlang klassentheoretischer Annahmen. In den letzten drei Jahrzehnten wurden im deutschsprachigen Raum kaum mehr als eine Handvoll empirischer Klassenuntersuchungen durchgeführt (50). Nur Milieu- und Lebensstilstudien besitzen im soziologischen Mainstream eine gewisse Relevanz, u.a. weil diese für Produktvermarktung und Wähleranalysen verwertet werden können. Die wenigen Klassenanalysen, die zu akademischen Ehren gelangen, nehmen häufig in sozialwissenschaftlichen Nischen ihren Ausgangspunkt. In diesem Fall ist es die Raumplanung. Denn in der Geographie werden noch vermehrt kritische

Diskussionen geführt. Als Zweitgutachter wirkte statt eines Soziologen der renommierte Politologe Frank Deppe mit. Im Gegensatz zum angelsächsischen Raum gibt es in Deutschland kaum noch Lehrstühle, die ein Grundverständnis für Klassenanalysen besitzen. Insofern ist es schon an sich zu begrüßen, dass Bell zur Klärung beiträgt, inwieweit Klassenstrukturen heute noch oder wieder einen handlungsbezogenen Gehalt haben.

Bell lässt sich von der Frage leiten, ob die wachsende Schere zwischen arm und reich zu einer Formierung der ArbeiterInnenklasse führt und welche Relevanz dafür die räumlichen Faktoren eines Arbeiterstadtteils haben können. Zunächst rekapituliert er die klassentheoretischen Ansätze von Marx, Thompson und Wright, um diese auch auf Geschlecht und Ethnie zu beziehen. In einem zweiten Schritt beschäftigt er sich mit den Formen des Klassenhandelns (durch Arbeitskämpfe, Demonstrationen, der Tätigkeit in Gewerkschaften und Parteien) und der Entwicklung kollektiver Lernprozesse. Im folgenden Abschnitt rekapituliert Bell die Auswirkungen räumlicher Konzentration auf die ArbeiterInnenklasse, bis hin zu den gegenwärtigen sozial-räumlichen Milieukonzepten. Zur Analyse der ArbeiterInnenklasse schlägt der Autor einen multiperspektivischen Ansatz vor, nach dem in einer enger werdenden Spirale die Sektoren Klassenstruktur, -bewusstsein und -handeln wiederkehrend auf die Klassensubjekte einwirken (75). Bell wählt auf Grundlage qualitativer Methoden zwölf problemzentrierte In-

interviews (darunter fünf Frauen und vier türkischstämmige Deutsche, fast alle gewerkschaftlich oder in linken Parteien aktiv), zwei Gruppendiskussionen (insb. mit VertreterInnen einer Geschichtswerkstatt) und 15 teilnehmende Beobachtungen an Infoständen, Nachbarschaftsfesten, Sport- und Karnevalsveranstaltungen.

In der ausführlichen Darstellung seiner Ergebnisse kommt Bell zu folgenden Schlüssen (108-174): Die Untersuchten fühlen sich gesellschaftlich benachteiligt und als Lohnabhängige prekär. Es existiert eine Spaltung zwischen der deutschen Bevölkerung und MigrantInnen. Die Befragten verfügen zwar häufig über Demonstrations-, jedoch kaum über Streikerfahrungen. Die Identitätsbildung fußt auf Lohnarbeit oder politischer Organisation. Im Mittelpunkt ihres sozialräumlichen Interesses steht nicht die städtebauliche Entwicklung des Stadtteils, sondern die soziale Lage der BewohnerInnen. Kritik bezieht sich auf einzelne Unternehmens- oder Regierungsentscheidungen, wird jedoch nicht grundsätzlich. Wert legen die Interviewten auf einen solidarischen Umgang. Überwiegend werden die Gewerkschaften als zu passiv und die SPD als unzureichende Interessensvertretung kritisiert. Die Gesellschaft wird von allen als Drei- (einschl. der Mittelklasse) bzw. Zweiklassengesellschaft einschließlich der Arbeitslosen gedeutet. Zwischen einer strukturanalytischen und einer handlungsorientierten Sicht auf Klassen wird nicht unterschieden. Bell zieht deshalb den Schluss, dass die alte Industriearbeiterschaft weiterhin klas-

senpolitisch erschöpft ist, jedoch im Block der Subalternen Bedeutung gewinnen kann. Auch ist nicht absehbar, dass die ArbeiterInnenklasse durch einen Impuls von außen einen neuen Aufschwung erlebt. Insgesamt überraschen die Ergebnisse der Studie nicht. Sie bestätigen politische Analysen von links.

Bells theoretische Grundlagen und sein methodischer Aufbau sind jedoch nicht widerspruchsfrei, dazu drei Beispiele: Er ist der Auffassung, dass häusliche Reproduktionsarbeit nicht als Klassenstrukturierungsprozess aufgefasst werden kann. In seinen Interview- und Diskussionsleitfäden verzichtet er jedoch auf entsprechend problemorientierte Fragestellungen, sodass er seine m.E. nach falsche Sicht, dass Hausarbeit nicht zu kollektiven Lebensformen und Einstellungen führt (32), ungeprüft postulieren kann. Hinsichtlich der Widersprüche zwischen Männern und Frauen sowie zwischen MigrantInnen und Einheimischen sieht Bell zwar klassenfraktionelle Tendenzen, er betont jedoch, dass die überwiegenden Gemeinsamkeiten nicht aus dem Blick verloren werden dürfen (38). Hier spricht der politische Aktivist Bell, der eine „Abspaltung der MigrantInnen“ verhindern will, eine strukturanalytische Bestimmung von Klassenfraktionen bleibt jedoch aus.¹ Bells verengter Zugang zur ArbeiterInnenklasse wird auch dadurch re-

¹ Vgl. zu einem strukturanalytischen Forschungsansatz: Ben Diettrich, Klassenfragmentierung und -formierung: Die jetzigen Aufgaben, in: Über Marx hinaus, hrsg. von Karl Heinz Roth und Marcel van der Linden, Berlin 2009, S. 495-526.

produziert, dass er die Interviewten relativ erfolglos zu Aktionen von linken Stadteilaktivisten oder Kritikern der Gentechnologie befragt (156ff), diese Aktivisten selbst jedoch nicht in seine Studie einbezieht. Weitergehende Schlussfolgerungen bleiben so verwehrt. Insgesamt hat Günter Bell gleichwohl eine lesenswerte Studie erarbeitet, an die andere anknüpfen müssen, wenn sie sich heute Klassenbewusstsein und -handeln erschließen wollen.

Ben Diettrich

Privatisierung und Korruption

Elmar Altvater u.a., Privatisierung und Korruption: Zur Kriminologie von Globalisierung, Neoliberalismus und Finanzkrise. Mit Beiträgen von Elmar Altvater, Thomas Barth, Lutz Brangsch, Hans-Jürgen Krysmanski, Aldo Legnaro und Werner Rügemer, Anders-Verlag/Libri.de, Hamburg 2009, 124 S., 14,80 Euro

Interviews zur Finanzkrise haben vor allem anfangs, aber auch heute noch regelmäßig, ihren Höhepunkt in der ungläubig stauenden Frage gefunden: „Warum wird keiner dieser Banker bestraft?“, „Warum werden die Staatsanwälte nicht bei den Finanzkonzernen aktiv?“ oder „Wieso sind die verbrecherischen Machenschaften auf den globalen Finanzmärkten nicht verboten?“ Der vorliegende Sammelband gibt Antworten, die größtenteils bereits vor der aktuellen Krise formuliert wurden: Nach Wurzeln der Misere suchen die Autoren in der Korruption, vor allem der Korruption in Grauzonen und

Dunkelfeldern rund um Privatisierung und Deregulierung.

Elmar Altvater, Urgestein der Globalisierungskritik, macht den Anfang mit seinem Beitrag „Globalisierung und Korruption“, der zunächst Globalisierung, Inwertsetzung und Privatisierung als dominante Tendenzen der Weltwirtschaft beschreibt. Privatisierung ist dabei der treibende Mechanismus, der die in „Wert“ gesetzten öffentlichen Güter der Nutzung durch Kapitalinteressen preisgibt. In aller Regel, so Altvater, ist bei Privatisierung und Kommerzialisierung öffentlicher Einrichtungen und Güter Korruption im Spiel. Es kommt zur illegalen privaten Aneignung von öffentlichen Ressourcen. Korruption reicht dabei vom kleinen Schmiergeld für Staatsdiener bis zur Bestechung im großen Stil, dem Kaufen von hohen Beamten, Staatspräsidenten und Königshäusern. Auch die „white collar“-Kriminalität, die Weiße-Kragen-Kriminalität, wie Wirtschaftskriminalität im angelsächsischen Sprachraum genannt wird, des Managements privater Großunternehmen wie Enron oder Parmalat weist dabei alle Elemente der Korruption auf: Die private Bereicherung auf Kosten Dritter, zumeist der Beschäftigten, der Kunden und der Staatskasse, illegales Handeln, Intransparenz. Die Schädigung der Allgemeinheit zugunsten privater Vermögen ist, so Altvater, das zugrunde liegende Prinzip (5f.). Die liberale Theorie rechtfertigt die große und die kleine Korruption als „systemnotwendig“, da sie formelle Normen und Gesetze als Problem sieht. Diese seien für die ökonomische Dynamik von Märkten und die

Ausbildung von Eigentumsrechten hinderlich. Das private Eigentumsrecht als Ausschlussrecht erfordert, dass staatliches oder genossenschaftliches Eigentum in ein exklusives privates Eigentum verwandelt werden, dass wenige alles erhalten und die vielen Ausgeschlossenen so gut wie nichts (13). Dem Markt die Regulierung der Versorgung der Bevölkerung mit öffentlichen Gütern zu überlassen, sei jedoch gefährlich, bestenfalls naiv. Korruption zeige, dass die Privatisierung öffentlicher Güter neben den finanziellen Schäden zusätzlich hohe soziale Kosten verursachen kann. Denn Korruption sei nicht nur ein Entzug von Ressourcen des Gemeinwesens zugunsten privater Profite, sondern auch ein Mittel, mit dem institutionelle Verlässlichkeit und Vertrauen zwischen Menschen und Institutionen zerstört werden. Korruption zerstöre die Legitimation des politischen Systems und seine Verlässlichkeit für die Menschen, die selbst ein wichtiges öffentliches Gut darstelle. Vor allem, wo es schon beim Privatisierungsvorgang selbst an Transparenz und Kontrolle mangelt, niste sich nur allzu leicht Korruption ein (22f.).

Die weiteren Buchbeiträge verdeutlichen und belegen die so umrissene Problemkonstellation aus verschiedenen Perspektiven. Hans Jürgen Krysmanski beleuchtet aus der Sicht seines „Power-Structure-Research“-Ansatzes die „Privatisierung der Macht“, die aus der Ansammlung von riesigen Privatvermögen resultiert, insbesondere, wenn es zur „Monetarisierung des Politischen“ kommt. Die Regierungsbeeinflussung durch Geld- und Machteliten

wird anhand der US-Regierung und ihrer Abhängigkeit von Stiftungen, privat gesponserten Universitäten und privaten Think Tanks belegt (34). Mit Aldo Legnaro nähert sich der Sammelband der aktuellen Finanzkrise; er berichtet von „Heuschrecken und Kapitalismus“. Legnaro setzt an beim damaligen SPD-Vorsitzenden Franz Müntefering, der im Frühjahr 2005 die ‚Heuschrecken-Diskussion‘ begann. Dies hatte zwar, so Legnaro, wohl nur den Wahlkampf im Sinn: Müntefering konnte kaum ahnen, dass er damit einen inzwischen „geradezu sprichwörtlich gewordenen“ Begriff prägen würde. Nach 20 Jahren politisch gewollter Deregulierung der ökonomischen Verhältnisse erlebte man im Wahlkampf 2005 plötzlich Diskurse über Reregulierungen, über neue Regelungen, Eingrenzungen und Lenkungen. Die Geschichte seither, insbesondere ihre krisenhafte Zuspitzung im letzten Jahr zeigte jedoch, dass Legnaros Warnungen ins Schwarze trafen: Es handelte sich um nicht mehr als legitimierende Beschwichtigungsversuche aus der Politik, um „eine lautstarke Art, die Struktur der kapitalistischen Funktionsweisen zu beschweigen“ (38).

Werner Rügemer, Korruptionskritiker und Experte für Privatisierung, beleuchtet die Praxis der Privatisierung in Deutschland – und findet die Justiz bei Wirtschaftskriminalität kaum handlungsfähig. Am Beispiel des Frankfurter Bildungszentrums Ostend beleuchtet er politische Verfehlungen bei der Bildungsprivatisierung, die hier Schulgebäude betrifft. Falsche Versprechungen von Effizienzgewinn und Einsparungen für

öffentliche Kassen, geheim gehaltene Verträge bei der Verschleuderung öffentlicher Einrichtungen und gutbezahlte Posten in der Privatwirtschaft für die Politiker, die solcherlei Ausplünderung zu verantworten haben – als Korruption kann derartiges in Deutschland nicht bestraft werden. Die Gesetzeslage lässt es nicht zu, die Politik entkriminalisiert sich selbst. Das besonders bedeutende Beispiel der Londoner Wasserwerke Thames Water belegt, dass dies kein deutsches Phänomen ist, auch wenn hier der deutsche Energiegigant RWE Hauptschuldiger ist. 15 Millionen Londoner trinken schlechteres Wasser, weil RWE Investitionen in die Infrastruktur zugunsten eigener Profitmaximierung unterlässt. Die Umwelt wird rücksichtslos ausgebeutet, weil es billiger ist, neue Brunnen zu bohren als lecke Leitungen zu flicken (58f.).

Thomas Barth betrachtet „Finanzkrise, Medien und dezentrale Korruption“, wobei er in den Niederungen der Kommunal-Korruption beginnt. Weit mehr als der medial immer wieder beschworene „Kölner Klüngel“ finde sich hier. Vielmehr sei die humorige Verharmlosung als kölnisch-karnevaleske Volkskultur eine mediale Taktik, um das ubiquitäre Phänomen dezentraler Korruption zu verbergen. Anders als von medial nicht nur im notorischen „Christiansen-Talk“ in den Vordergrund gerückten Industrieakteuren immer wieder kolportiert, sei Privatisierung keinesfalls ein Mittel gegen Korruption (71f.). Diese sei in der Privatwirtschaft vielmehr mindestens ebenso weit verbreitet wie beim Staat und wuchere insbesondere im Zwi-

schensbereich von Privatisierungen und Public Privat Partnerships etc. Wie abwiegelnd die Medien in der Finanzkrise mit möglichen Verantwortlichen umgehen, demonstriert Barth medienanalytisch am Beispiel einer Talkshow. Bei Beckmann in der ARD wurde Anfang Oktober 2008, auf dem Höhepunkt der Krisenpanik, ein hochverdächtiger Akteur aus der zwielichtigen Grauzone zwischen Lobbyismus und Korruption mit einem Kritiker konfrontiert: Friedrich Merz (CDU) traf auf Harald Schumann (Autor von „Die Globalisierungsfälle“). Das mediale Setting war jedoch so ausgestaltet, dass kritische Aspekte nur mit minimierter Wirkung beim Publikum ankommen konnten. Merz war (bzw. ist) als Politiker in entsprechenden Gremien federführend an Gesetzen zur Deregulierung des Finanzmarktes beteiligt und zugleich als Anwalt für Finanzfirmen mit der Abwicklung von Geschäften betraut, die so geschaffene Gesetzeslücken profitabel ausnutzen. Diese bekannten Fakten wurden zwar in der späten Abendlichen Sendung einem schmalen Publikum kurz rekapituliert, sie wurden aber konterkariert durch die Auswahl eines stimmbandschwachen Kritikers, der von Merz und Moderator nach ein paar kritischen Sätzen mit Leichtigkeit abzuwürgen war. Barth dokumentiert diesen mutmaßlichen Höhepunkt einer abwiegelnden „Suche“ nach Verantwortlichen für die Finanzkrise. Diese angebliche Suche durch die Medienöffentlichkeit zeigt sich dabei in ihrer ganzen Erbärmlichkeit – bis zum Niederbrüllen der Kritik nebst Einsatz eines routiniereten politischen Schwätzers und einer

ablenkenden vollbusigen Blondine (76ff.). Die privaten Medien werden in Gestalt des europaweit dominierenden Bertelsmann-Konzerns ebenfalls einbezogen: Der „Farumgate“-Skandal entpuppt sich als Fall von „preisgekrönter Korruption“. Bertelsmann, dessen Medien nicht nur überall Privatisierungen propagieren, sondern dessen mächtige Konzernstiftung auch ein Hauptakteur zahlloser entsprechender Kampagnen ist, hatte der dänischen Stadt Farum einen Preis für Kommune-Management verliehen: Man hatte dort alles privatisiert, was nicht niet- und nagelfest war. Wenig später kam aber heraus, dass die Privatisierungen in einem wuchernden korruptiven Dschungel stattgefunden hatten. Der populäre Bürgermeister musste – obgleich schon für das Amt des dänischen Ministerpräsidenten im Gespräch – zurücktreten und sich vor Gericht verantworten. Von Bertelsmann geht Barth über zur Söldnerfirma Blackwater, die besonders im Irak eine blutige Privatisierung der Gewalt betrieben hat und zur korruptiven Achse von Cheney bis Halliburton, um den Begriff der „Makro-Korruption“ zu entfalten: Makro-Korruption ist demnach in der Schnittmenge von Wirtschaftsverbrechen und Makrokriminalität (Staatsverbrechen, Unrechtsstaaten etc.) angesiedelt. Sie tendiert zur rechtlichen Legalisierung ihrer Operationen durch Manipulation von Medien, Politik und Justiz. „Wie der von Verbrechern übernommene totalitäre Unrechtsstaat, schafft sich auch die Makro-Korruption ihr eigenes Recht, wenn auch weniger blutig und spektakulär.“ In ihren eher licht-

scheuen Verfahren stehe Makro-Korruption meist abseits demokratischer Prinzipien (Privatisierung, Lobby, Korruption), könne jedoch bei Versagen der korrumpierten Medien auch manchmal Mehrheiten für ihre Protagonisten mobilisieren.

Lutz Brangsch schließlich ist nach soviel Kritik zuständig für die utopische Perspektive. Er wendet sich der Demokratisierung als Alternative zur Privatisierung zu. Transparenz und demokratische Gestaltung von Entscheidungsprozessen sollten laut Brangsch ein zentrales Merkmal öffentlichen Eigentums sein. Widerstand gegen Privatisierung bedeute unter heutigen Bedingungen, so sein Fazit, ein ganzes Netz an Interessen und Regelungen in Frage zu stellen, sei aber nichts anderes als das legitime Bedürfnis, die Gestaltung eigener elementarer Lebensverhältnisse nicht von anderen abhängig zu machen, die ganz anderen Maßstäben des Wirtschaftens folgen wollen (104ff.). Kommunales bzw. staatliches Eigentum gehöre praktisch nicht der Öffentlichkeit, sondern der Verwaltung. Deshalb gelte es, die Entwicklung von regionalen Wirtschaftskreisläufen zu fördern, also stabiler Kooperationsbeziehungen zwischen öffentlichen Unternehmen, freien Trägern und lokal orientierten privaten Unternehmen. Wichtig sei auch selbstorganisierte wirtschaftliche Tätigkeit, insbesondere von Unternehmen, die nach genossenschaftlichen Prinzipien wirtschaften sowie eine Demokratisierung von Haushaltspolitik durch eine Transparenz vor allem jener Prozesse bei Privatisierungen, die bislang im Geheimen zwischen Politikern und Wirtschaft

ausgemacht werden (111ff.). Was zu beweisen war. Ein sehr notwendiges Buch, gerade heute.

Karl Dreger van Guerre

Neoliberaler Autoritarismus

John Kannankulam, Autoritärer Etatismus im Neoliberalismus, Zur Staatstheorie von Nicos Poulantzas, VSA-Verlag, Hamburg 2008, 351 S., 22,80 Euro

Die Staatstheorie Nicos Poulantzas' und das damit zusammenhängende zentrale Konzept des Staates als „materieller Verdichtung eines Kräfteverhältnisses zwischen Klassen und Klassenfraktionen“ wurden in den letzten Jahren im deutschen Sprachraum viel diskutiert. Teilweise sehr abstrakt gehaltene Beiträge erinnern dabei oft an Milibands Kritik im Zuge der berühmten Debatte in *New Left Review* Anfang der 1970er: „Out, out, damned fact“, persiflierte er Poulantzas' „absurdly exaggerated fear of empiricist contamination“. Heute scheint insbesondere die deutsche Debatte um Poulantzas oft von einer ähnlichen Angst geplagt. Im Gegensatz zu Poulantzas' Werk, der in „Faschismus und Diktatur“ eine empirische Faschismusstudie vorlegte, sind im Neo-Poulantzianismus empirische Studien oft Mangelware.

Diese Lücke zu schließen, ist eines der Hauptanliegen von Kannankulams Werk zum „autoritären Etatismus im Neoliberalismus“. Wie schon der etwas sperrige Titel andeutet, ist der einleitende Theorieteil für EinsteigerInnen nicht leicht zu lesen. Hier wird erst Poulantzas' Konzept

des „autoritären Etatismus“ ausführlich nachgezeichnet, um dann seine Staatstheorie mit der deutschen Staatsableitungsdebatte bzw. Formanalyse theoretisch zu kombinieren. Diejenigen, die mit der Debatte vertraut sind, finden hier interessante Hinweise zur theoretischen Klärifizierung des Konzepts der „relativen Autonomie“ des Staates gegenüber der Ökonomie. Damit wird dann argumentiert, dass „sich der Staat in seiner spezifischen Formbestimmtheit/relativen Autonomie nur erhalten kann, wenn der ökonomische Reproduktionsprozess als Verwertungsprozess gewährleistet ist“ (70f.). Von daher legt Kannankulam großes Augenmerk auf die von ihm identifizierten Schwachstellen von Poulantzas: der empirischen Analyse der internationalen und in der weiteren Folge auch auf die Nationalstaaten einwirkenden polit-ökonomischen Umbrüche seit den 1970er Jahren.

Das Nachzeichnen der Internationalisierung von Produktion und Staatlichkeit sowie der Finanzialisierung der Ökonomie legt den Rahmen für den Kern der Arbeit: die empirische Analyse des Aufkommens des neoliberalen „autoritären Etatismus“ in Großbritannien und Deutschland. Auch hier ist jeweils „eine kleine Wirtschaftsgeschichte“ die 70-seitige Grundlage für die darauf folgende Analyse, in der endlich das in der Einleitung vorgestellte Konzept des „autoritären Etatismus“ bearbeitet wird. Dabei handelt es sich um eine nicht-faschistische Verfallsform der bürgerlichen Demokratie, die durch vier Merkmale gekennzeichnet ist: (1) Machtverschiebung vom Parla-

ment zur Exekutive, die mit Verschiebungen der Dominanzen in den Staatsapparaten einhergeht (Aufwertung von Finanzministerium und Notenbank), (2) zunehmende Verschmelzung von Legislative, Exekutive und Jurisdiktion bei gleichzeitigem Verfall der Funktion des Gesetzes, (3) Funktionsverlust der politischen Parteien als Vermittlungsglieder des politischen Dialogs zwischen Verwaltung, Regierung und Wahlvolk und (4) die Verlagerung dieser Vermittlung in parallele informelle Netzwerke – wie Kannankulam (20) im Anschluss an Poulantzas bzw. Jessop eingangs festhält.

Eine weitere interessante theoretische Orientierungshilfe ist die Aufarbeitung der in *New Left Review* in den 1980er Jahren geführten Debatte um den Thatcherismus zwischen u.a. Bob Jessop und Stuart Hall et al. Hier werden erst Halls Ideen zur Konzeptionalisierung der ideologischen bzw. konsensualen Absicherung des „autoritären Populismus“ Thatchers in der Zivilgesellschaft nachgezeichnet, um dann zu Jessops Kritik überzuleiten. Letzterer entwickelte daraus einerseits die Notwendigkeit zur Periodisierung und andererseits die Unterscheidung zwischen „sozialer Basis“, „Akkumulationsstrategie“, „Staatsstrategien“ und „hegemonialen Projekten“, wobei die „Staatsstrategie“ zwischen „sozialer Basis“ und „Akkumulationsstrategie“ vermitteln soll, was bei erfolgreicher Durchsetzung zu einem „hegemonialen Projekt“ führen kann.

Auf dieser Grundlage behandelt Kannankulam erst den Aufstieg des Neoliberalismus in der radikalen thatcheristischen Variante und der

korporatistisch geprägten deutschen „Wendepolitik“ unter Kohl in den 1980er Jahren, um mit den sozialdemokratisch angeführten Transformationen Ende der 1990er Jahre zu schließen. Dabei zeichnet er ein scharfes und interessantes Bild der Auseinandersetzung innerhalb von Labour Party und SPD nach und zeigt, dass in beiden Fällen die autoritäre Wende in Richtung eines „Workfare-Regimes“ erst durch den sozialdemokratischen „dritten Weg“ ermöglicht wurde. Die vorher schon eingeleitete Umstrukturierung des Staates, insbesondere Exekutivlastigkeit und Stärkung von ökonomischen Staatsapparaten, ging einher mit einer ähnlich gearteten Umstrukturierung der sozialdemokratischen Parteien. Gleichzeitig offenbarte sich laut Kannankulam in beiden Fällen auch die Schwäche des „autoritären Etatismus“: mangelhafte Hegemoniefähigkeit, da kurzfristig effektiven Lösungen langfristig der gesellschaftliche Konsens fehlt.

Kannankulam betont eingangs in Anlehnung an Joachim Hirsch, dass „Form und Institutionen nicht in eins zu setzen sind“ (54). Die Trennung erklärt jedoch nicht, warum die Analyse der institutionellen Veränderungen gegenüber den umfangreichen ökonomischen Betrachtungen unterbelichtet bleibt. Neben Debatten aus dem kritischen politikwissenschaftlichen Mainstream um „Governance“ und Demokratie (z.B. Pierre und Peters, die von einem Faustschen Austausch effizienter Governance gegen Demokratie sprechen) vermisst der Rezensent insbesondere auch die von Colin Crouch geprägte Debatte zur „Post-Demokratie“ und kritischere

Ansätze von Canfora oder Losurdo (vgl. Z Nr. 69, Z Nr. 70). Abgesehen davon besticht das Buch jedoch durch die Rezeption von interessanten historischen linken Debatten und der Thematisierung der Elemente autoritärer Staatlichkeit im Neoliberalismus. Somit grenzt sich Kannankulam angenehm von „Studien“ ab, die die Ideologie des „weniger Staat“ für bare Münze nehmen und offenbart eindrucksvoll das Aufkommen eines starken und autoritären neoliberalen Staates.

Bernhard Leubolt

60 Jahre Grundgesetz: Abwehrkämpfe um den liberalen Rechtsstaat

Till Müller-Heidelberg, Ulrich Finckh, Elke Steven u.a. (Hg.), Grundrechte-Report 2009. Zur Lage der Bürger- und Menschenrechte in Deutschland, Fischer-Taschenbuch-Verlag, Frankfurt am Main 2009, 272 S., 9,95 Euro.

Der von neun renommierten Bürger- und Menschenrechtsorganisationen, darunter Humanistische Union und Republikanischer Anwältinnen- und Anwälteverein, jedes Jahr herausgegebene so genannte alternative Verfassungsschutzbericht beleuchtet kritisch die Divergenz zwischen Verfassungsanspruch und Verfassungswirklichkeit. Auch in der aktuellen Ausgabe stellen die Verfasser wieder ein Kompendium eklatanter Missstände zusammen, welche mit Blick auf die im Grundgesetz garantierten liberalen und sozialen Rechte besorgniserregend sind. Einmal mehr wird aufgezeigt, wie es der ehemali-

ge FDP-Innenminister von NRW, Burkhard Hirsch, in seinem Beitrag drastisch formuliert, wie „dünn die Decke ist, die uns vom Rückfall in die rechtliche Barbarei trennt“ (170).

Der Report befasst sich u.a. mit der Rechtsprechungspraxis, unter Folter im Ausland gewonnene Aussagen und Erkenntnisse vor hiesigen Gerichten anstandslos zu verwerten (27 ff.). Ein weiterer Aspekt, unter dem das bereits im Fall Daschner von breiten Juristenkreisen zur Disposition gestellte verfassungsrechtliche Folterverbot ausgehöhlt zu werden droht.

Weitere Beiträge behandeln die Datenschutzskandale der letzten Zeit, die ein großes kurzweiliges Medien-echo hervorriefen, allerdings ohne hinreichende juristische

Konsequenzen blieben (36 ff). So ließ das Unternehmen T-Mobile Mitarbeiter und Aufsichtsratsmitglieder ausforschen, wovon u.a. DGB-Chef Michael Sommer betroffen war. Millionen persönliche Kundendaten kursiertem im Internet und wurden auf dem Schwarzmarkt zum Kauf angeboten. Auch die umfassende Überwachung der Beschäftigten beim Lidl-Konzern sowie die vom Gesetzgeber eingeführte Vorratsdatenspeicherung, die Telekommunikationsunternehmen verpflichtet, sämtliche Kundendaten sechs Monate lang zu speichern und auf Verlangen an die Sicherheitsbehörden herauszugeben, verletzen das vom Bundesverfassungsgericht entwickelte Recht des Bürgers auf informationelle Selbstbestimmung.

Die Autoren des Grundrechteports kritisieren ferner die Einführung ei-

ner lebenslangen Steuer- ID und des elektronischen Reisepasses, auf dem biometrische Daten und Fingerabdrücke gespeichert sind und der die Ortung des Bürgers via Funktechnik ermöglicht. Ebenso wie der elektronische Personalausweis bergen diese zum vordergründigen Zweck der Verwaltungseffizienz erfolgten Neuerungen immense Bedrohungspotentiale für die liberalstaatlichen Freiheitsrechte (66).

Einen schrittweisen Übergang in den autoritären Staat lassen auch die in dem Buch angeprangerten Bestrebungen der CDU/ CSU- Fraktion befürchten, den Einsatz der Bundeswehr im Inneren mit allen militärischen Mitteln per Grundgesetzänderung zu ermöglichen (175). Das aus den Erfahrungen des Faschismus resultierende verfassungsrechtliche Trennungsgebot zwischen Polizei und Geheimdienst wird ferner in den aktuellen Plänen des Bundesinnenministeriums, eine gemeinsame Bundesabhörzentrale für Bundeskriminalamt, Bundespolizei und Verfassungsschutz einzurichten, fast schon nebenbei über Bord geworfen. Die Autoren des Grundrechte-Reports kritisieren diese bedenkliche Entwicklung ebenso engagiert wie die gesetzgeberischen Anstrengungen, das BKA zu einem deutschen FBI mit umfassenden geheimpolizeilichen und Gefahrenabwehr-Befugnissen umzubauen (197).

Einen Rückfall in vor-liberalrechtsstaatliche Zeiten stellt schließlich das durch die Föderalismusreform ermöglichte Bayrische Versammlungsgesetz dar, welches wie Wolf-Dieter Narr in seinem Beitrag darstellt, ein „demokratisches Ur-

recht“ fast grenzenloser Behördenwillkür überantwortet (123 ff.) So rechtfertigen u.a. bereits das „Tragen gleichartiger Kleidungsstücke“ sowie der sich der Polizei „vermittelnde Eindruck der Gewaltbereitschaft“ (Artikel 7 BayVersG) ein Versammlungsverbot. Gegen die von den Herausgebern des Grundrechteports explizit verfolgte Zielsetzung, die Verfassung zu verteidigen, könnte von linker Seite eingewandt werden, dass die Grundrechte kein probates Mittel im Kampf um gesellschaftlichen Fortschritt darstellen. Denn schließlich gilt auch für das Grundgesetz, worüber sich schon Karl Marx im „18. Brumaire des Louis Bonaparte“ mit Blick auf den Wortlaut der französischen republikanischen Konstitution von 1848 lustig macht: „Jeder Paragraph der Konstitution enthält [...] seine eigene Antithese, [...] nämlich in der allgemeinen Phrase die Freiheit, in der Randglosse die Aufhebung der Freiheit.“

Allerdings darf hier der historische Kompromisscharakter der Entstehung des Grundgesetzes nach Ende des „Dritten Reichs“ nicht vernachlässigt werden. So ist, wie Wolfgang Abendroth 1966 in seinem Buch zur Verfassung feststellt, „die Bewahrung der Grundrechte [...] immer auch ein Kampf um die Bewahrung der demokratischen Struktur des Staates“.

Die konstitutionellen Freiheitsrechte können demnach als Gegenmacht gegenüber einem neuen drohenden Autoritarismus angesehen werden. Wie real diese Gefahr für den liberalen Rechtsstaat ist, zeigt nicht zuletzt die Tatsache, dass das Bundesverfassungsgericht in neuerer Zeit gar nicht

nachkam, grundgesetzrevidierende Vorstöße der Exekutiven zu korrigieren (vergleiche nur die ablehnenden Urteile zur Online-Durchsuchung und zum Luftsicherheitsgesetz).

In diesem Zusammenhang leistet der Grundrechtreport als gemeinsames Projekt linker und bürgerlicher Verteidiger der Verfassung gegen Angriffe, die einen schleichenden Übergang von einem bürgerlich-liberalen in ein bürgerlich-autoritäres System befürchten lassen, einen verdienstvollen und wichtigen Beitrag.

Sonja Mangold

In der Fremde

Herbert Mies, Mit einem Ziel vor Augen. Vom Jung- zum Altkommunisten. Erinnerungen, Verlag am Park, Berlin 2009, 352 S., 19,90 Euro

Das Buch beginnt und endet mit einer Heimkehr. 1989 erlebte Herbert Mies, der Vorsitzende der Deutschen Kommunistischen Partei (DKP), drei Zusammenbrüche: die DDR am Ende, die Partei zerrüttet, dann sein eigener Herzinfarkt. 1990 kandidierte er nicht mehr. Er kehrte von Düsseldorf, dem bisherigen Sitz des DKP-Vorstandes, dorthin zurück, woher er gekommen war: in den Mannheimer Stadtteil Schönau. Diese „meine widerspruchsvolle Heimat“ war in seiner Jugend und ist auch heute noch das, was man einen sozialen Brennpunkt nennt – „mit ihren Siedlungshäusern und Sozialbauten, mit ihren Straßennamen von antifaschistischen Widerstandskämpfern. Sie machte mich in den ersten Nachkriegsjahren mit ihrem überwältigenden Bekennt-

nis zur Arbeiterbewegung, vor allem zu uns Kommunisten, sehr stolz. Im Sommer 1992 ging Mannheim-Schönau wegen rassistischer Exzesse gegen Asylbewerber tagelang durch die Weltpresse. Die ‚Republikaner‘, mit 17 Prozent Zustimmung im Stadtteil kühn geworden, schürten die Stimmung gegen ein Sammellager in einer ehemaligen Kaserne.“

Aus diesem Stadtteil kam er, dorthin kehrte er zurück.

Die Eltern von Herbert Mies stammen aus der Eifel. Seine Mutter ging in ihren jungen Jahren als Dienstmädchen „in Stellung“, der Vater war Holzarbeiter, dann Heizer in Duisburg und Mannheim. In der Hitlerzeit zunächst arbeitslos, wurde er dann Gelegenheits-, zum Schluss Bahnunterhaltungsarbeiter. Die Mutter versuchte mit Hausieren, die Familie über Wasser zu halten. Schließlich bekam die Familie ein Siedlungshäuschen. Der Vater war Kommunist. Als er 1950 aus der Partei austrat, um seine Arbeit bei der Bahn zu behalten, kam es zum Zerwürfnis mit dem Sohn, der schon Funktionär war und sich heute seine damalige Engherzigkeit vorwirft.

Herbert Mies wurde von seinem Lehrer, der Nazi war, aber seine Leistungen schätzte, 1943 für eine Lehrerbildungsanstalt im Schwarzwald vorgeschlagen. Dort traf er einen anderen Mannheimer: Hermann Weber aus dem Stadtteil Sandhofen. Sie wurden für mehrere Jahre unzertrennliche Freunde. Gemeinsam weigerten sie sich, in die Waffen-SS einzutreten. (Hermann Weber berichtet mündlich, das sei nur möglich gewesen, weil sie einander Halt ga-

ben. Alleine hätte es keiner von ihnen geschafft.) Mies: „Mit Hermann Weber trat ich in einen neuen Lebensabschnitt ein. Gemeinsam gingen wir durch dick und dünn. Zunächst. Das sollte sich später ändern.“

Beide bewarben sich bei der Brown Boveri Mannheim (BBC). Herbert Mies verlor seine Lehrstelle: „Ich war beim heimlichen Rauchen erwischt worden. Meinen Niethammer in der Hand deutete Gefolgschaftsführer Rupp als Ankündigung einer Tätlichkeit. Er meldete es dem Personalchef. Dieser ließ mich kommen. Noch bevor er mich Maß nahm, bat ich um meine Papiere. Später habe ich mich gelegentlich gefragt, was aus mir geworden wäre, hätte es diese Zigarette nicht gegeben und ich wäre bei BBC geblieben. Es ist schon eigenartig, wie ich immer wieder meinen Stolz, bei BBC gearbeitet zu haben, verdrängt habe und nur gelegentlich aufblitzen ließ. Etwa bei einem China-Besuch in den achtziger Jahren, als ich mit einer DKP-Delegation in Shanghai auf nicht wenige der modernen Aggregate mit dem Firmenschild ‚BBC‘ stieß.“

Herbert Mies und Hermann Weber traten in die KPD ein, bauten die FDJ auf und besuchten 1947 bis 1949 – mit ihren Baskenmützen eine Doppelpackung – die Parteihochschule der SED in Kleinmachnow. Sie teilten das Zimmer, kehrten 1949 gemeinsam in die BRD zurück, wo sie Seite an Seite hohe Funktionen in der FDJ übernahmen, aber Hermann Weber hatte sich inzwischen innerlich schon abgewandt. Mittlerweile haben sie wohl mehr als ein halbes Jahrhundert nicht mehr miteinander

gesprochen, obwohl sie beide in Mannheim wohnen. In ihren Memoiren versuchen sie, ihrer gemeinsamen Jugend gerecht zu werden, den späteren Weg des jeweils anderen kommentieren sie allenfalls süffisant.

Herbert Mies wurde Vorsitzender im Zentralbüro der FDJ. Mit ihrer von der Partei festgelegten patriotischen Konzeption war er ursprünglich nicht völlig einverstanden gewesen, er hätte sich einen eindeutiger kommunistischen Jugendverband gewünscht. Aber der Zwiespalt war nur äußerlich: Die FDJ setzte auf den Straßen noch am ehesten die von der KPD auf ihrem Parteitag von 1951 proklamierte revolutionäre Strategie in Aktionen um. Im selben Jahr wurde sie verboten, Herbert Mies war für viele Jahre ein Illegaler und versuchte, die Organisation im Untergrund aktionsfähig zu halten. 1956 ist die FDJ in der BRD von der Westabteilung des Zentralrats in Ostberlin aufgelöst worden. „Der Hauptvorwurf lautete: Sie sei zu aktionistisch, zu provokativ.“

Herbert Mies absolvierte ein Ökonomiestudium in Moskau. 1960 wurde er Sekretär bei Max Reimann und fühlte sich unterfordert. Er verehrte seinen Chef, nahm aber mit Erstaunen zur Kenntnis, wie unbefangen dieser in der DDR seine Privilegien – Staatskarosse, Chauffeur und Personenschützer – genoss.

Die Entstehung der DKP 1968 sieht Herbert Mies als ein Ergebnis der gesellschaftlichen Umbrüche in der Bundesrepublik. Damit schreibt er implizit gegen eine Interpretation an, wonach sie zunächst lediglich eine Attrappe gewesen sei, die Bonn der

UdSSR hinhielt, damit diese es während der neuen Ostpolitik nicht mit einem Staat zu tun hatte, in dem es keine legale kommunistische Partei gab. Doch berichtet er selbst ein Ergebnis, das eine solche Darstellung bekräftigen könnte: An der Internationalen Konferenz der kommunistischen und Arbeiterparteien 1969 nahm die KPD-Führung teil, während die DKP nur mit Gaststatus am Katzentisch zugelassen wurde. Ihr Vorsitzender Bachmann und sein Stellvertreter Mies führen demonstrativ nicht hin, „wir schickten Gerd Deumlich und Jakob Goldberg“. Das Buch ist ein wenig wie eine Pyramide gebaut: mit einer breiten, informationsreichen, auch atmosphärisch dichten Basis, während es nach oben hin schmaler wird. Über die Zeit, seit Herbert Mies Stellvertreter und dann Parteivorsitzender (1973) wurde, berichtet er mit geringerer Erzählfreude. Der Text nimmt Bulletinform an, liest sich jetzt wie eine Art Rechenschaftsbericht und zugleich merkwürdig sprunghaft.

Die schrecklichen Wahlergebnisse der DKP erklärt sich Herbert Mies heute damit, dass sie eher als eine Partei der DDR als der BRD wahrgenommen worden sei. Er vermittelt den Eindruck, als habe er immer wieder einmal an Erich Honecker gelitten. Den Rat Martin Walsers, die DKP müsse eine „hiesige“ Partei werden, hat er sich zu Herzen genommen, und er berichtet, was er selbst unternommen hat, um diesem Ziel näher zu kommen: 1985 eröffnete er eine „Vertretung“ der Deutschen Kommunistischen Partei in Bonn, während der Vorstand in Düsseldorf blieb, wo bereits 1979 eine

„zentrale Gedenkstätte“ für verstorbene kommunistische Persönlichkeiten errichtet wurde. Der Blick auf die unmittelbare Umgebung geschieht durch die Augen der Partei: „Von der Neuen Linken“ umgeben, sieht Herbert Mies Köln und München, wo kommunistische Studenten etwas Einfluss hatten, und das bündnisbereite Marburg als die „örtlichen Zentren“ des SDS, nicht Frankfurt am Main (dort, am Sitz der IGM-Zentrale, war immerhin der Bundesvorstand dieser Studierendenorganisation) oder Westberlin. Für die Schlusskrise der DKP räumt Herbert Mies Überforderung der Führung ein und erlaubt sich nicht die – wenngleich zutreffende – Entlastung, dass das eine objektive und nicht eine subjektive Tatsache war. Er wollte eine Partei zusammenhalten, die unrettbar zerfiel, beschwor Geschlossenheit und polarisierte zugleich (in den Augen mancher Gefährten aber zu wenig).

Dennoch ist auch heute keine Erleichterung darüber zu spüren, dass er dies alles nun hinter sich hat. Nur ganz am Ende ein leichtes Aufatmen: „Und schließlich, nachdem ich vom Infarkt genesen, ging ich zurück nach Mannheim, die Worte meiner Mutter im Ohr: ‚Vergiß nie, woher du kommst und wohin du gehörst.‘ An der Basis setzte ich mich für meine Ideale ein. Hier wurde ich noch gebraucht.“ Herbert Mies wurde in den folgenden Jahren in einem Arbeitskreis zur Geschichte der örtlichen Arbeiterbewegung aktiv. Seinen Nachlass übergab er – von der Ortspresse freundlich begleitet – dem Mannheimer Stadtarchiv.

Georg Fülberth

Ho Chi Minh

Hellmut Kapfenberger, Ho Chi Minh – Eine Chronik, Verlag Neues Leben, Berlin 2009, 288 S., 14,90 Euro

Von Ho Chi Minh, der wie Che Guevara eine Kultfigur der Studentenrevolte war, ist kaum mehr geblieben als eine vage Erinnerung. Das hat zwar auch damit zu tun, dass viele „68er“ ihr zeitweiliges antiimperialistisches Engagement medienwirksam als diffuses jugendliches Revoluzzertum abtun. Wichtiger jedoch ist, dass die Herrschenden und die Bewusstseinsindustrie alles getan haben, damit der Vietnamkrieg so weit wie möglich dem Vergessen anheim gefallen ist. Die Befreiung Vietnams von der französischen Herrschaft war Bestandteil eines epochalen geschichtlichen Ereignisses: Die Auflösung der Kolonialreiche, die 1945 in Asien begann, und die Entstehung junger Nationalstaaten ist eines der prägenden Momente für das weltpolitische Geschehen bis heute. Hinzu kommt: Schon im Vietnamkrieg wurden von den USA die gleichen Methoden angewandt wie unter Bush im Irak und in Afghanistan: Folter von Gefangenen und Bombardierung der Zivilbevölkerung. D.h. die systematische Verletzung der Menschenrechte und des Kriegsvölkerrechts sind ein traditionelles Strukturmerkmal der US-Außenpolitik. Und wie im Irak begann auch der Krieg gegen Nordvietnam mit einer Propagandalüge (Tokin-Zwischenfall August 1964) und deren erfolgreiche Verbreitung durch die westlichen Medien.

Aus Anlass des 40. Todestages von Ho Chi Minh legt Hellmut Kapfen-

berger eine Biografie vor, die er bescheiden „Chronik“ nennt: Weil der vietnamesische Revolutionär es vermied, über seine eigene Person zu sprechen, liegen einige Zeiträume seines Lebens im Dunkeln und bleiben Fragen zur Person. Als Arbeiter nach Frankreich gekommen, schloss er sich unter dem Namen Nguyen Ai Quoc den Sozialisten an. Nach der Spaltung der Partei 1920 wurde Nguyen eines der ersten Mitglieder der KP: „Die Zweite Internationale hat nie auch nur eine Andeutung zum Schicksal der Kolonien gemacht. Was ich will, ist Freiheit für meine Landsleute, Unabhängigkeit für mein Vaterland. Deshalb habe ich für die Dritte Internationale gestimmt.“ (58f.) 1923 ging er in die Sowjetunion und nahm als Delegierter der KPF am 5. Kongress der Kommunistischen Internationale teil. Über die westlichen KPs machte er sich wenig Illusionen: „Es ist die Pflicht unserer kommunistischen Presse, unsere Kämpfer mit den Kolonialproblemen vertraut zu machen, die arbeitenden Massen der Kolonien wachzurütteln und sie für die Sache des Kommunismus zu gewinnen. Doch was wurde in dieser Hinsicht getan? Nichts.“ (81) Danach war er für die Komintern in China und Südostasien tätig. Nach Verhaftung und Flucht in Hongkong lebte Nguyen von 1934-38 wieder in der Sowjetunion. 1936 wurden ihm, der nach Vietnam zurück wollte, Pass und Reisepapiere verweigert. Über das Verfahren vor einer Disziplinarkommission, das ohne Konsequenzen blieb, hat sich Nguyen später ebenso wenig öffentlich geäußert, wie über Stalins Säuberungen.

Nachdem Ende 1940 japanische Truppen in Vietnam einmarschiert und die ganze Halbinsel erobert hatten, beschloss die KP Indochinas die Gründung der „Liga für die Unabhängigkeit Vietnams“ (Viet Minh). An ihrer Spitze stand Nguyen, der seit 1942 den Namen Ho Chi Minh führte. 1944 begann der Guerillakrieg und die befreite Zone im Viet Bac entstand, die bis 1954 als Widerstandszentrum diente. Nach dem Appell des Nationalen Volkskongresses („Aufgestanden Landsleute! Befreien wir uns aus eigener Kraft! Viele Unterdrückte Völker in der ganzen Welt kämpfen leidenschaftlich für ihre Unabhängigkeit. Wir dürfen nicht zurückstehen!“ (163)) erfasste der Aufstand binnen weniger Tage ganz Vietnam. In Hanoi stürzte das alte Regime am 19. August 1945, in Hue ohne bewaffnete Auseinandersetzung vier Tage später und in Saigon zwei Tage danach. Am 2. September verlas Ho Chi Minh die Erklärung über die Unabhängigkeit der demokratischen Republik Vietnam: „Er berief sich auf fundamentale Bekundungen der Unabhängigkeitserklärung der USA. ‚Alle Menschen werden gleich geboren. Der Schöpfer hat uns unverletzliche Rechte gegeben, das Recht zu leben, das Recht frei zu sein, und das Recht unser Glück zu verwirklichen‘, zitierte er aus dem Dokument von 1776. Er erwähnte ebenso die Menschen- und Bürgerrechte der Französischen Revolution, in denen es hieß: ‚Die Menschen werden frei und mit gleichen Rechten geboren und bleiben es.‘“ (167) Vietnam war das erste unter eigener kommunistischer Regie befreite Land Asiens. Für Strategie und Tak-

tik des Unabhängigkeitskampfes hatte es kein historisches Vorbild gegeben. Am 23. September griffen französische Truppen Saigon an. Dieser Tag gilt in der vietnamesischen Geschichtsschreibung als Beginn des neunjährigen Widerstandskrieges gegen die französischen Kolonialisten und markiert den Beginn des insgesamt 30 Jahre andauernden Krieges in Vietnam. Im Krieg mussten nicht nur die politischen Institutionen und der Verwaltungsapparat des jungen Staates aufgebaut, sondern auch die wirtschaftliche Entwicklung vorangetrieben werden. So entstanden im Dschungel Manufakturen, die den Bedarf von Armee und Bevölkerung befriedigen helfen sollten.

Das Genfer Abkommen von 1954 bekräftigte die Eigenstaatlichkeit von Vietnam, Laos und Kambodscha, war aber nur eine Zwischentappe im antiimperialistischen Kampf der Völker Indochinas. Die französischen Truppen verließen erst zwei Jahre später das Land und die USA fühlten sich an das Abkommen nicht gebunden. Sie setzten eine Marionettenregierung im Süden ein und bauten diesen zum Separatstaat aus, der die vorgesehenen allgemeinen Wahlen „unter Kontrolle einer internationalen Kommission“ ablehnte. Der Vernichtungskrieg gegen ehemalige Widerstandskämpfer und die Zwangsumsiedlung von Bauern führten 1960 zur Gründung der Nationalen Befreiungsfront Südvietnams (FNL). Was für die Vietnamesen ein sozialer und nationaler Befreiungskampf war, wurde von den US-Politikern als kommunistische Aggression aus dem Norden bezeichnet. Deshalb konnten sie auch nicht be-

greifen, dass ein Satz von Ho Chi Minhs Appell vom 17. Juli 1966 zur zentralen Kampflösung wurde: „Nichts ist wertvoller als Unabhängigkeit und Freiheit.“

Am 2. September 1969 starb „Onkel Ho“ an einem schweren Herzanfall. Zu diesem Zeitpunkt hatten in Paris zwar Verhandlungen über eine Beendigung des Aggressionskrieges begonnen, aber der Chefunterhändler der USA, Henry Kissinger, meinte: „Ich weigere mich zu glauben, dass eine viertklassige Macht wie Nordvietnam nicht an irgendeinem Punkt aufgeben muss.“ Angesichts des mit Rassismus gepaarten imperialen Größenwahns der USA sowie ihrer militärischen Kapazitäten, sollte es bis zum 30. April 1975 dauern bis die Befreiungsstreitkräfte Saigon einnehmen konnten und Vietnam wiedervereint war. Diese letzte Operation des Krieges trug den Namen Ho Chi Minh-Kampagne.

Karl Unger